



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 4

April 1972

AIB-Aktuell

S. 2

Namibia

Internationale Vorbereitungskonferenz über Namibia: Appell

S. 3 – 4

Guinea-Bissau

Amilcar Cabral:
Kurzer Bericht über den Kampf im Jahr 1971

S. 4 – 8

Bolivien

Elisabeth Boris:
Faschistische Traditionspflege

S. 8 – 9

Chile

Unidad Popular:
Neue Aufgaben für Volk und Regierung
Dora Volosky:
Die Frau in der Landreform

S. 10 – 13

S. 14

Algerien

Bringfried Beer:
Mehr Rechte für Arbeiter in Algeriens Betrieben

S. 15 – 16

Libanon

Thesen zum 3. Parteitag der KP Libanons:
Die Lage im Arabischen Raum (2)

S. 16 – 20

Indochina

Aspekte der „Vietnamisierung“

S. 20 – 23

Kurzinformation

S. 23 – 24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

AIB-AKTUELL

Im Februar dieses Jahres beschloß in Belgien die "Internationale Namibia - Vorbereitungskonferenz", die von der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) zusammen mit einem belgischen Vorbereitungskomitee einberufen worden war, die Durchführung einer "Internationalen Namibia-Konferenz", die am 26.-28. Mai in Brüssel stattfinden wird. Ähnlich wie 1971 in Rom die Konferenz zur Unterstützung der Völker der portugiesischen Kolonien - soll diese Konferenz dazu dienen, über die Lage in Namibia, über die Unterdrückung durch das faschistische südafrikanische Regime, das sich entgegen UNO-Beschlüssen illegitim Hoheitsrechte über das Land anmaßt, sowie über den Befreiungskampf des Volkes von Namibia zu informieren.

Sie will vor allem aber entscheidend zur Stärkung der internationalen Solidarität beitragen. Die Forderung an die westeuropäischen Länder, in Hinblick auf die territoriale Integrität Namibias "ihre gegenwärtigen - politischen, ökonomischen, militärischen - Beziehungen zu Südafrika neu zu überdenken", dürfte in der BRD nicht auf offizielle Gegenliebe stoßen. Es sind handfeste Interessen, die die westdeutschen Konzerne mit der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika und mit den gegenwärtigen "profitablen" Zuständen verbinden. Auch die engen Beziehungen westdeutscher Konzerne und reaktionärer Politiker zur Republik Südafrika sind ein Unterpfeiler für die "Solidarität" der in der BRD "maßgeblichen" Kreise mit dem Apartheidregime und seinen Bemühungen, "Recht" - also das von der UNO beglaubigte Unrecht - und "Ordnung" - d.h. die gegenwärtige Ausbeuterordnung - in Namibia aufrecht zu erhalten.

Druck auf diese westeuropäische Regierung, "ihre Beziehungen zur RSA neu zu überdenken", kann und wird jedenfalls einzig von Seiten geschlossener solidarischer Aktion der demokratischen Kräfte in der BRD ausgeübt werden.

BESTELLUNGEN

für das
"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:
für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto
für 12 Nummern 15,-- DM einschließlich Porto
Einzelpreis: 1,50 DM
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
3550 Marburg/Lahn
Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,
PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches
Informationsbulletin 5/72

bringt u.a.:

NAMIBIA
Jugendmanifest

ARGENTINIEN
neueste Entwicklung

UNCTAD
Materialien zur Welthandelskonferenz in Chile

Redaktionsschluß war für diese
Nummer der 20.3.1972

NAMIBIA

INTERNATIONALE VORBEREITUNGS- KONFERENZ ÜBER NAMIBIA: APPELL

Der Kampf in Namibia nimmt für die internationale Gemeinschaft einen immer dringlicheren Charakter an. Daher hat die Internationale Vorbereitungskonferenz, die vom 14. - 15. Februar 1972 in Brüssel stattgefunden hat, dem Appell der "South West Africa People's Organisation" (SWAPO) von Namibia entsprochen und die Durchführung einer internationalen Konferenz über Namibia beschlossen, um in der ganzen Welt grösste Unterstützung für die Sache der Befreiung Namibias zu erhalten.

Die internationale Verantwortlichkeit in bezug auf Namibia ist klar genug. 1966 machten die Vereinten Nationen dem Mandat Südafrikas über dieses Gebiet ein Ende. Dieser Beschluss wurde 1971 durch den Internationalen Gerichtshof bestätigt, der erklärte, dass die Anwesenheit Südafrikas in Namibia ungesetzlich sei.

Es ist jetzt Aufgabe der Nationen der Welt und besonders der von Westeuropa und Nordamerika, diesen Beschluss durchzusetzen.

Seit diesem Gerichtsbeschluss hat sich der Widerstand des Volkes von Namibia gegen Südafrika verstärkt. Die Studenten boykottieren die Schulen und Universitäten, um ihre Opposition gegen die Administration von Südafrika zum Ausdruck zu bringen, und die kirchlichen Behörden haben ihrer Meinung Ausdruck verliehen und einen offenen Brief an den Premierminister Südafrikas geschickt, in dem sie ihre Zustimmung zu dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes darlegen. In den vergangenen Monaten haben die Namibier ihren Protest gegen die unzumutbaren Lebensbedingungen, die man ihnen aufzwingt, verstärkt. Als Beweis wollen wir nur den beispiellosen Streik der 30.000 Vertragsarbeiter anführen. Das alles zeigt, welchen Punkt der Widerstand in Namibia erreicht hat.

Südafrika unterhält in Namibia bedeutende Militärkontingente, die auf unbewaffnete Menschen schiessen, die sich versammeln, um über ihre schwierigen Lebensbedingungen zu diskutieren. Jeder, der

seiner Zustimmung zu der Deklaration der Vereinten Nationen über die Menschenrechte Ausdruck verleiht, wird verurteilt, wie es gegenwärtig in dem Prozess in Windhoek der Fall ist.

Unter der südafrikanischen Okkupation hat die afrikanische Bevölkerung von Namibia keine Zukunft. Auf allen Gebieten wirkt sich die Unterdrückungspolitik Südafrikas hemmend aus, sie bestimmt die Zukunft und behindert die Entwicklung. Die Tyrannei des südafrikanischen Regimes hat verschiedene Formen: Brutalität der Polizei, Einkerkung ohne Urteil, Einkerkung auf unbestimmte Zeit ohne besonderen Grund, Verhaftung wegen der einfachen Tatsache, die Arbeit wechseln zu wollen, Vertreibung von Personen aus ihrem Heim und von der Erde, auf der ihre Familie seit Generationen gelebt hat. Die Apartheidsgesetze Südafrikas herrschen über das Leben des namibischen Volkes.

Alle diese Beispiele sind nur einige Formen der Unterdrückung, denen die Afrikaner täglich ausgesetzt sind. Die eigentliche Grundlage dieser Unterdrückung ist das gegenwärtige ökonomische System in Namibia. Die menschlichen Ressourcen und die Bodenschätze des Landes werden von einer rassistischen Minderheit zum Nachteil für das afrikanische Volk ausgebeutet.

Angesichts dieser Lage bedarf das namibische Volk dringend der Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Diese Unterstützung kann verschiedene Formen haben:

- Kurzfristige Hilfe zur Deckung der unmittelbaren Bedürfnisse der Streikenden, ihrer Familien, der Familien der Einkerkerten und Gefangenen.
- Wachsende Unterstützung für die Internationale Konferenz über Namibia. Das bedeutet also gleichzeitig materielle Unterstützung und politische Massnahmen mit dem Ziel, der ungesetzlichen Okkupation Namibias durch Südafrika ein Ende zu machen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer grossen Verbreitung von Information über die im allgemeinen wenig bekannten Probleme Namibias mit anschliessender Volksaktion, um die Regierungen zu informieren, damit sie ihre wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Beziehungen zu Südafrika einzustellen.
- Materielle, politische und andere Hilfe für die SWAPO von Namibia.

In diesem Sinne ruft die Internationale Vorbereitungskonferenz alle Regierungen, Regierungsorgane, nationalen und internationalen Organisationen auf, sich nach ihren besten Möglichkeiten an der Internationalen Konferenz über Namibia zu beteiligen, um so ihre Solidarität mit dem Volk von Namibia in dessen Kampf für Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu bezeugen.

(Quelle: Materialien der Internationalen Vorbereitungskonferenz über Namibia, Brüssel, 14.-15.2.1972)

Anmerkungen d.Red.:

Informationen über Namibia brachten wir bereits in AIB Nr. 4/1971 u. Nr. 3/1972

GUINEA-BISSAU

Seit 1963 kämpfen die Völker von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln unter der Führung der PAIGC (Afrikanische Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln) gegen den portugiesischen Kolonialismus.

Der folgende Bericht des Generalsekretärs Amilcar Cabral zeigt, daß die Kolonialmacht ein raffiniertes Instrumentarium von Maßnahmen entwickelt hat, mit deren Hilfe sie versucht, sich aus ihrer Position der militärischen und politischen Defensive zu befreien. Es wird jedoch deutlich, daß die Bevölkerung, aufgeklärt und unterstützt durch die PAIGC, weder Bestechungsversuchen erliegt noch sich durch Terror einschüchtern läßt.

Der zweite Teil dieses Berichtes folgt im nächsten Heft.

AMILCAR CABRAL:

KURZER BERICHT ÜBER DEN KAMPF IM JAHR 1971

Die politisch-militärische Aktivität der portugiesischen Kolonialisten in unserem Land hat nach wie vor folgende grundlegende politische Ziele:

- a) die Stellungen, die sie in den Städten und in den anderen noch nicht befreiten Gebieten noch halten, zu verteidigen und zu festigen;
- b) die Mobilität der Bevölkerung in den befreiten Gebieten zu verhindern;
- c) die gewalttätige Zerstörung der materiellen Mittel und der Menschen, die die Basis für die siegreiche Entwicklung unseres Kampfes bilden, fortzusetzen;
- 4 d) den Krieg durch einen Krieg weiterzu-

führen, in welchem Afrikaner gegen Afrikaner kämpfen sollen;

- e) die Anwesenheit von Kolonialtruppen in den wichtigsten strategischen Positionen um jeden Preis aufrechtzuerhalten, in der Hoffnung, daß im Laufe der Zeit unsere politische und militärische Organisation in eine Krise geraten und schließlich auseinanderbrechen werde;
- f) unserem Volk durch offene Aggression oder bewaffnete Provokation die brüderliche Solidarität und logistische Unterstützung der Nachbarländer zu nehmen.

Um diese Ziele zu erreichen und zu verwirklichen, setzt der Feind die Politik von Zuckerbrot und Peitsche fort, indem er der Bevölkerung, die noch unter seiner Kontrolle ist, eine Anzahl sozialer Zugeständnisse macht und gleichzeitig grausam alle jene unterdrückt, die einzeln oder kollektiv verdächtigt werden, national eingestellt zu sein oder unsere Partei konkret zu unterstützen. Die Feinde, die in der Überzeugung handeln, daß die Afrikaner das "am wenigsten intelligente Volk der Erde" seien, haben aber nicht die Resultate erzielt, mit denen sie gerechnet haben, und ihre Enttäuschung über diesen Fehlschlag wird mit jedem Tag deutlicher.

In den Städten und anderen noch besetzten Gebieten (einige Küstengebiete, die Inseln von Guinea und das Kap-Verde-Archipel) wird die Stellung des Feindes immer unsicherer. Dies ist zum einen Teil das Ergebnis der von Tag zu Tag mächtigeren Schläge, die unsere bewaffneten Kräfte aussteilen, zum anderen Teil der Entwicklung unserer illegalen Parteiorganisation in den Städten und auf den Inseln.

In Guinea setzt der Feind eine Politik fort, die in Lügen, demagogischen Konzessionen, und den Versprechungen besteht, die Afrikaner zu fördern, ja sogar eine "soziale Revolution" durchzuführen, die, wenn sie Wirklichkeit würde, nicht nur das soziale und wirtschaftliche Programm unserer Partei realisieren, sondern darüber hinaus unserem Volk zu einem Lebensstandard verhelfen würde, der weit über dem des portugiesischen Volkes läge. Um die Farce vollständig zu machen, verspricht nun einer der Übelsten portugiesischen Kolonialisten - der finstere General Spínola -, "das Volk zur Selbstbestimmung unter portugiesischer Flagge zu führen". Als ein glühender Anhänger der Ideen von General Kaulza de Arriaga, der den Schwarzen für ein Wesen ohne Verstand hält, will der Militärgouverneur von Guinea nun die Ge-

schichte von dem schlaunen Mann wahr machen, der dem König versprach, er könne einem Esel das Lesen beibringen. Ebenso wie der Mann in der Geschichte ist er zweifellos überzeugt, daß, wenn ihm nur genug Zeit zu Verfügung steht, entweder der Esel sterben wird, oder der König, oder aber er selbst.

Nun, da er fast am Ende seiner vierjährigen Amtsperiode angelangt ist, in der sich unser Kampf, den General Spinola niederzuschlagen geschworen hatte, entwickelte, verstärkte und an allen Fronten festigte, - nun zeigt jener General Spinola Anzeichen von Verzweiflung, die dadurch noch vergrößert werden, daß die Bevölkerung der Städte unserer Partei wachsende Unterstützung entgegenbringt.

Nach den Angriffen auf Bissao und Bafata und konfrontiert mit der weitgehend positiven Reaktion der Bewohner dieser Städte ließ der Militärgouverneur jedoch die Maske des guten Vaters und Freundes von Reformen fallen und zeigte sein wahres Gesicht in einer Drohrede, die am 25. Juli von Radio Bissao gesendet wurde.

Es lohnt sich, einige Passagen aus dieser Erklärung zu zitieren, die ebenso wie die Angriffe auf Bissao und Bafata den Beginn einer neuen Phase unseres Konfliktes mit der portugiesischen Regierung anzeigt. Er sagte: "Bei den gegebenen Lebensbedingungen in der Provinz sollte es niemanden erstaunen, daß manchmal unsinnige Gerüchte in Umlauf gesetzt werden; das ist überall so und wir behaupten nicht, daß wir eine Ausnahme sind ... Das Ausmaß und die Art der jüngsten Gerüchte haben jedoch auf die besonders leicht beunruhigten Elemente der Bevölkerung ihre Wirkung gehabt. Das hat in der Hauptstadt der Provinz zu unberechtigter Besorgnis geführt. Es ist wichtig, auf einer eindeutigen Position zu beharren, die die Situation unter dem richtigen Blickwinkel zeigt, damit niemand jene verunsichern kann, deren Beurteilungsgabe möglicherweise von Furcht beeinträchtigt ist."

Nachdem er noch einmal daran erinnerte, daß "geeignete Maßnahmen getroffen wurden, um jederzeit Frieden und Sicherheit zu garantieren", drohte er noch schlimmere Repressionen an: "Es ist wichtig, daß sich niemand Illusionen macht über die Entschlossenheit, mit der die Regierung einschreiten wird, um Frieden, Ordnung und Sicherheit ihrer Bürger zu garantieren."

"Jeder Anschlag auf die individuelle oder kollektive Sicherheit wird deswegen als Verrat am Volk von Guinea verstanden

werden. Im Namen der Achtung vor den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit, die wir verteidigen und nach denen alle guten Bürger Guineas streben, werden die Schuldigen erbarmungslos bestraft werden. Ebenso werden alle Verstöße gegen die öffentliche Ordnung, die den normalen Lebensrhythmus in der Hauptstadt und in der Provinz stören könnten, als Unterstützung des Feindes und Verrat am Volk gewertet. Als solche Verräter werden sie gnadenlos und mit aller Härte, die der Feind verdient, ebenso bestraft werden wie alle jene, die den Interessen des Feindes dienen, welche nichts gemein haben mit Portugiesisch Guinea."

"Es ist wichtig, daß niemand an der Tatsache zweifelt, daß der normale Lebensrhythmus in der Stadt um jeden Preis und unter allen Umständen aufrechterhalten werden wird. Es werden die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden und niemand wird an ihrer Wirksamkeit zweifeln, außer denen, die die Härte und Entschlossenheit des Provinzgouverneurs noch nicht kennen."

Wenn man sich darüber einig ist, daß diese Erklärung die Tatsache bestätigt, daß die Einwohner der Städte, besonders die von Bissao, den Kampf unterstützen (wie aus dem oben erwähnten Geheimbericht des Portugiesischen Oberkommandos hervorgeht), dann ist diese Erklärung auch zweifellos ein Eingeständnis, daß die sogenannte "Politik für ein besseres Guinea", ebenso wie alle Versuche der Kolonialisten, ihre Stellung zu festigen, fehlgeschlagen ist.

Angesichts des patriotischen Widerstands der Bevölkerung in den befreiten Gebieten, die sich täglich mehr über die Realitäten und die Ziele des Kampfes bewußt und die immer besser in die Parteiorganisation eingegliedert wird, haben die portugiesischen Kolonialisten ihre Bombenschläge und Terrorakte intensiviert. Dies wurde durch die Tatsache ermöglicht, daß sie weitere Flugzeuge und Hubschrauber von ihren Verbündeten erhalten haben; aber trotzdem haben sie ihre Ziele nicht erreicht. Die Organisation der Bevölkerung bei der Selbstverteidigung ist besser und effektiver denn je: beim Schutz vor Bombenangriffen, beim Zurückschlagen von terroristischen Anschlägen und den Versuchen, uns durch das Verbrennen der Ernte auszuhungern und gefügig zu machen. Was sie 1971 zerstören konnten, reicht nicht aus, um den siegreichen Fortschritt unseres Kampfes zu gefährden. Andererseits und in Anbetracht des Fehlens einer effektiven

Flak-Verteidigung haben die allgemein von der Bevölkerung angewandten Maßnahmen der zivilen Verteidigung dazu beigetragen, daß die Zahl der Opfer, die die barbarischen Aktionen der portugiesischen Luftwaffe forderten, bedeutend gesunken ist.

Der Versuch, den Krieg durch einen Krieg fortzusetzen, in dem Afrikaner, die meist gewaltsam rekrutiert wurden, gegen Afrikaner aufgehetzt werden, ist für die Kolonialisten, die sich mit zunehmenden Auseinandersetzungen und Konflikten in der kolonialen Armee konfrontiert sehen, zu einer drückenden Notwendigkeit geworden. Aber alle diese Taktiken werden fehlschlagen; erst recht nach Portugals schmachvoller Niederlage in seinem imperialistischen Aggressionskrieg gegen die Republik Guinea. Sowohl in Conacry als auch in Koundara und Gaoual kämpften die Portugiesen nicht nur mit europäischen Soldaten und Söldnern, die aus der Republik Guinea stammen, sondern auch mit einigen ihrer "Afrikanischen Einheiten", von denen der größte Teil nicht nach Bissao zurückkehrte, weil er entweder getötet oder gefangen genommen worden war. Diese Tatsache, die einen Protest der Familien der Opfer in Bissao und den anderen Städten auslöste, ist eine tragische Lektion für jene Afrikaner, die sich immer noch von der portugiesischen Kolonialarmee anwerben lassen. Gleichzeitig wurden die finsternen Pläne der Kolonialisten durch die in diesem Jahr erfolgte Hinrichtung einiger ihrer Führer, wie z.B. von 'Hauptmann' João Bacar Djaló und Guela Balde, und von 'Leutnant' Ioro Bamba, gestört. Sie haben sogar beim Anwerben von Landstreichern und Sträflingen und durch die steigende Desertionsrate bei ihren "Afrikanischen Kompanien" wachsende Schwierigkeiten.

Was die Stellungen des Feindes angeht, so haben wir alle, einschließlich der Hauptstadt Bissao, während der ersten Monate dieses Jahres angegriffen. Die Kolonialtruppen wissen, daß sie heute in keinem Teil unseres Landes sicher sind. Die Zivilisten in den Städten, besonders die Portugiesen, leben jetzt in ständiger Alarmbereitschaft und können kaum ihre Furcht verbergen. Die meisten der Offiziere schicken ihre Familien nach Portugal zurück. Der Feind sieht nicht nur die Sicherheit seiner Truppen Überall schwinden, sondern mußte auch erkennen, daß unsere Partei mit jedem Tag stärker wird und daß unsere Truppen schlagkräftiger denn je sind. Vergleicht man die materiellen und menschlichen Ressourcen, die uns zur Ver-

fügung stehen, mit denen des Feindes, dann bedeutet diese Tatsache eine gewaltige Niederlage für die portugiesischen Kolonialisten.

Trotz der Verurteilung durch die Vereinten Nationen und die internationale Öffentlichkeit hat der Feind in seiner Verzweiflung die bewaffneten Provokationen und die verbrecherischen Akte gegen die angrenzenden Länder verstärkt. Er hat zahlreiche Angriffe auf die Bevölkerung von Casamance (Senegal) und gegen die Grenzgebiete der Republik Guinea geführt. In der Hoffnung, sich von dem Alptraum, der unser Kampf für sie ist, zu befreien, bereiten die portugiesischen Kolonialisten mit der Unterstützung ihrer Verbündeten einen neuen imperialistischen Angriff gegen jenes Land vor. Wie beim letzten Angriff, so ist das Ziel auch diesmal, die Regierung von Präsident Sékou Touré zu stürzen und durch eine Regierung zu ersetzen, die die portugiesische Herrschaft über unser Land begünstigt.

Aber auch dieser Plan der Portugiesen ist zum Scheitern verurteilt: unsere Beziehungen zu den Regierungen der Nachbarländer und ihrer Bevölkerung werden mit jedem Tag besser und kein Angriff gegen die Republik Guinea würde den Vormarsch unseres Kampfes aufhalten können. Jede zukünftige Aggression, gleich welcher Art, würde lediglich die Bande weiter festigen, die unser Volk mit dem Volk der Republik Guinea verbinden, und würde sowohl die afrikanische als auch die internationale Solidarität mit unserem Kampf vertiefen.

Die Veränderungen, die beim erweiterten Treffen des Politischen Büros im April 1970 im Hinblick auf die Strukturen und das Funktionieren der Leitungsorgane der Partei herbeigeführt wurden, haben es uns möglich gemacht, die Arbeit der bewaffneten Kräfte und jener, die für die verschiedensten Bereiche unserer Aktivität verantwortlich sind, sehr zu verbessern. Die politische Arbeit der örtlichen Kommissare und der Brigaden für politische Aktionen wurde effektiver, sowohl bei der Rekrutierung und Ausbildung der örtlichen Bevölkerung in den befreiten Gebieten, als auch bei der Ausführung von neuen Direktiven, die von den höheren Organen der Partei beschlossen wurden. Abgesehen von gewissen Schwierigkeiten, die sich aus der Verlegung des Nationalkomitees für die befreiten Zonen ergaben, arbeiteten die Regionalkomitees, das Distriktkomitee und das Dorfkomitee normal und mit ermutigenden Ergebnissen.

Ein Ergebnis der Arbeit, die Ende letzten Jahres geleistet wurde, waren einige Treffen zwischen dem Generalsekretär der Partei und Delegierten der lokalen Komitees (schätzungsweise 200 Delegierte, von denen ein Drittel Frauen waren). Diese Treffen, die richtige Seminare waren, wurden von den Dorfkomitees und der örtlichen Bevölkerung mit viel Begeisterung aufgenommen und haben auf Provinzebene im Hinblick auf Kampfgeist und praktische Aktivitäten unmittelbar Früchte getragen. Hier ist ein Ansatz, den wir mit äußerster Aufmerksamkeit weiterentwickeln müssen.

Die Ergebnisse des Schuljahres waren ebenfalls sowohl in den Schulen der befreiten Gebiete (trotz Terroraktionen des Feindes) als auch im "Amizade"-Institut ermutigend. Etwa hundert Jungen und Mädchen wurden dieses Jahr ausgewählt, um ihr Studium in befreundeten Ländern fortzusetzen, und sind bereits zu Beginn des akademischen Jahres abgereist.

Im Gesundheitssektor, wo bei der Arbeit der mittleren Kader, besonders der Krankenschwestern, noch eine gewisse Verwirrung und Uneffektivität herrscht, wurde eine deutliche Verbesserung sowohl bei der medizinischen Versorgung als auch bei der Hilfe für das Volk überhaupt erreicht. Die Impfkampagnen, die wir speziell gegen Cholera durchgeführt haben, halfen uns, einige ernststen Probleme aus dem Weg zu räumen. Dennoch haben wir auf diesem Gebiet noch Schwierigkeiten, obwohl einige Ärzte, die im Kampf Erfahrungen gesammelt haben, ins Land zurückgekehrt sind, hauptsächlich weil ein Großteil der ausländischen Ärzte, die uns zur Hilfe gekommen waren, selbst krank wurden und gezwungen waren, ihre Arbeit zu unterbrechen.

Trotz der Trockenheit im Agrarjahr 1970/71 reichte die Produktion im allgemeinen aus, um die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Guerilla-Kämpfer zu befriedigen. Die Rückkehr einiger technischer Kader auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft (Agronomen, Techniker und andere Spezialisten), die im Ausland ausgebildet wurden, hat uns erlaubt, unsere Hilfe für die Bauern wesentlich zu verbessern, und uns darüber hinaus ermöglicht, begrenzte Projekte und Versuche durchzuführen, die als Grundlage für die Entwicklung der Landwirtschaft, dem Grundelement unserer Wirtschaft, dienen können.

Die Auswahl der Waren - besonders der Textilien -, die in den Volksläden angeboten werden, hat sich dank internationaler Solidarität gewaltig verbessert.

KAP - VERDISCHE INSELN

Der Fortschritt, den unsere Partei in den letzten Jahren gemacht hat und der sich im Erstarren unserer illegalen Organisation und dem wachsenden nationalen Gefühl innerhalb der Bevölkerung widerspiegelt, wird von den portugiesischen Kolonialisten erkannt und daher stärken sie ihre Wachsamkeit und ihre Repressionen auf allen Inseln. Vierzehn Afrikaner wurden kürzlich verhaftet und beschuldigt, der PAIGC anzugehören und vorgehabt zu haben, ein Handelsschiff nach Dakar zu entführen. Jedoch sahen sich die portugiesischen Kolonialisten in einem Prozeß in S. Vicente von der öffentlichen Meinung gezwungen, vier andere Afrikaner, die zu einer Gruppe gehörten, die vor einiger Zeit gefangen genommen worden war, freizulassen.

Die verbrecherische Politik der Portugiesen, die die Bevölkerung der Kap-Verdischen Inseln den Naturkatastrophen preisgibt, hat zur Folge, daß die Bevölkerung nach drei Jahren Trockenheit erneut Hunger leidet. Die Portugiesen haben versucht, diesen Umstand zur Zerstörung der Grundlage für die Entwicklung unseres Kampfes auf den Inseln zu benutzen; sie haben in erneuten Massentransporten schon ca. 10 000 Arbeiter von den Kap-Verdischen Inseln nach S. Tomé und Portugal gebracht.

Die Aufdeckung der Hungersnot durch unsere Partei im April 1971 hat die Kolonialisten gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um die "Krise zu bekämpfen". Sie weigerten sich, humanitäre Hilfe, die ein Zeichen der internationalen Solidarität ist, anzunehmen. Aber diese Maßnahmen haben nicht die Bevölkerung von uns getrennt, da sie sich der Notwendigkeit bewußt ist, sich von der Kolonialherrschaft zu befreien, um Armut und Hunger zu beseitigen, und die deswegen die Aktivitäten unserer Partei immer mehr unterstützt. Selbst der Feind bemerkt die Tatsache, daß die Aktivität der Partei auf den Inseln wächst und dort Unterstützung findet. Zum Beispiel versichert der Feind im sogenannten Geheimbericht des portugiesischen Oberkommandos in Kap Verde: "Während dieser Zeit wurden zwei umstürzlerische Appelle veröffentlicht, die an die Soldaten, Offiziere und Unteroffiziere von Kap Verde gerichtet waren. In der letzten Nacht des Jahres wurden auf drei Inseln Pamphlete verteilt; im Mai wurden in Lissabon Pakete abgefangen, die PAIGC-Flugblätter enthielten, die für die Inseln bestimmt waren". In Wahrheit wurden in der letzten Nacht des Jahres auf allen bewohnten Inseln gleichzei-

tig Pamphlete verteilt.

In den ersten Monaten dieses Jahres stieg die Zahl der Konflikte zwischen Teilen der Bevölkerung und den kolonialen Truppen auf den Hauptinseln merklich an. Sowohl die zivilen als auch die militärischen Kolonialbehörden werden mit jedem Tag isolierter. Zwischen der Klasse der Kolonialisten und der Masse des Volkes, zwischen den Dienern des Kolonialismus und den Patrioten wird die Kluft immer tiefer.

Beim Treffen des Obersten Kampfrats im vergangenen August, wo die Hauptprobleme unseres Lebens und unseres Kampfes sehr gründlich untersucht wurden, sind wichtige Entscheidungen zur Stärkung und Verbesserung unserer politischen Arbeit und zur Konsolidierung der Grundlagen unseres sich entwickelnden Staates sowie zur Stärkung und Vergrößerung unserer Armee gefällt worden. Unter diesen Entscheidungen muß unbedingt die Schaffung der ersten Nationalversammlung des Volkes von Guinea hervorgehoben werden, die so rasch als irgend möglich gewählt werden wird und unserem Volke ein weiteres Organ gibt, das für die Souveränität des Volkes wesentlich ist und für unser politisches Handeln sowohl in unserem Land als auch im Ausland neue Perspektiven eröffnet. Weiterhin sollten wir die Entscheidungen über die Stärkung des bewaffneten Kampfes, die Entwicklung des Kampfes auf den Kap-Verdischen-Inseln, und auf humanitärem Gebiet die Gründung des Roten Kreuzes von Guinea und Kap Verde hervorheben.

In Ergänzung zu den Programmen, die wir bereits über den Sender "Stimme der Revolution" (Republik Guinea, viermal wöchentlich) ausstrahlen, wurde uns kürzlich die Benutzung der Sender Radio Senegal (dreimal in der Woche) und Radio Mauretania (einmal wöchentlich) gestattet. Dies hat uns neue, große Möglichkeiten gegeben, unserem eigenen Volk und Afrika Informationen zu übermitteln.

(Quelle: Hektographiertes Material
der PAIGC)

8 Geldspenden zur Unterstützung des Befreiungskampfes in den portugiesischen Kolonien können auf das Postscheckkonto Köln 17 13 87, Sonderkonto Wilhelm M. Breuer, 5 Köln 1, Roonstraße 29, überwiesen werden. (Das Konto wurde eingerichtet u.a. von Wolfgang Abendroth, Erika Runge, Kurt Steinhaus, Martin Walser, Erich Wulff.)

BOLIVIEN

ELISABETH BORIS:

FASCHISTISCHE TRADITIONSPFLEGE

Im August letzten Jahres gelang es einer Gruppe bolivianischer Offiziere, die ins Haus stehende Volksherrschaft abzuwenden und das Land ins "freie westliche Lager" zurückzuführen. Die Regierung des linken Luftwaffengenerals Torres, der außer nationalistischen Militärs auch Vertreter der Gewerkschaften angehörten und die von der Mehrheit der Arbeiter und Studenten des Landes unterstützt wurde, hatte sich entschieden zu weit vorgewagt: US-Unternehmen waren enteignet, gewerkschaftliche Positionen abgesichert und eine Volksversammlung gewählt worden, in der die demokratischen und sozialistischen Kräfte immer mehr an Einfluß gewannen. Das amerikanische Peacecorps - seit langem als Spionageorganisation der USA entlarvt - wurde des Landes verwiesen. Der Mitkämpfer Che Guevaras, Regis Debray, wurde freigelassen, seine Ausreise nach Chile, zu dem sich die Beziehungen Boliviens verbesserten, gestattet. Natürlich verschlechterte sich so das "Investitionsklima" ganz erheblich. Das "Vertrauen" des internationalen Kapitals in die bolivianische "Stabilität" wurde schwer erschüttert. Eine weitere Bastion des US-Imperialismus in Lateinamerika schien der "kommunistischen Weltgefahr" zum Opfer zu fallen. In letzter Sekunde jedoch trat ein "Retter der Nation" auf den Plan: Oberst Hugo Banzer Suarez, der sich schon mit seiner Ranger Einheit mehrmals - bisher jedoch vergeblich - durch Putschversuche um die nationale Sicherheit verdient gemacht hatte, verließ das Andendorf, in das man ihn verbannt hatte, sammelte in- und vor allem ausländische "verantwortungsbewußte Kräfte" um sich und stürzte die Regierung. Ein maßloses Blutbad unter den sich verzweifelten wehrenden, viel zu spät und viel zu schlecht bewaffneten Arbeitern und Studenten der Hauptstadt sowie eine gut organisierte Verhaftungswelle halfen den Putschisten, ihre Macht fürs erste abzusichern.

Daß damals der CIA seine Hand mit im Spiel hatte, war relativ schnell bekannt und nachweisbar. (Vgl. auch: AIB 9/71) Nun

wurden kürzlich weitere Hintermänner der Öffentlichkeit vorgestellt. (Vgl. M.Stoffregen-Büller, Die Deutschen in Bolivien, Fernsehsendung des WDR vom 28.2.72) Anlaß für diese Entdeckung war der Fall Klaus Barbie. Der ehemalige Gestapo-Chef von Lyon, auf dessen Konto unzählige Verbrechen gehen, war in Abwesenheit in Frankreich nach dem Kriege zum Tode verurteilt worden. Beate Klarsfeld hatte nach seinem weiteren Verbleib recherchiert und festgestellt, daß er seit langem friedlich unter dem Namen Klaus Altmann als angesehener Bürger in Bolivien lebt. Die französische Regierung stellte sofort den Antrag auf Auslieferung des Schwerverbrechers, was jedoch von der Regierung Banzer mehrfach abgelehnt wurde. Der Verdacht, Barbie alias Altmann habe in der bolivianischen Regierung einflußreiche Freunde, ist seitdem nicht von der Hand zu weisen. Dies umsoweniger, als nun bekannt wurde, daß neben dem CIA die Hauptakteure im Hintergrund des Putsches vom vorigen Sommer deutschstämmige Großgrundbesitzer und Industrielle gewesen sind. Scheuten diese Dunkelmänner damals noch die Öffentlichkeit, so treten sie jetzt - nachdem die Banzer-Diktatur fürs erste abgesichert scheint - stolz als "Retter der Nation" auf und bekennen sich ohne die geringsten Skrupel zu ihren Taten. Die Journalisten des westdeutschen Fernsehens konnten in Interviews mit den einflußreichsten Mitgliedern der deutschen Kolonien in Erfahrung bringen, daß die deutsche Kolonie in Santa Cruz 20.000 Dollar, und die deutsche Kolonie in Cochabamba 10.000 Dollar in die Ausrüstung und Bestechung der am Putsch beteiligten Offiziere investierten. Nach einem Bericht von Peter Oliver (Anatomie eines Staatsstreichs, Hess.Rundfunk, 7.2.72) brachte der Besitzer der einzigen Papierfabrik Boliviens, der deutsche Industrielle von Bergen, sogar 80.000 Dollar zur Unterstützung der Putschisten auf. Die Höhe der "Spenden" der deutschen Kolonie in La Paz war nicht zu eruieren, allerdings beklagte sich ein Mitglied der Industriellenfamilie Gasser, die die Aktionen koordinierte: "Es war sehr zeitraubend und teuer, die vielen Offiziere zu bestechen!" (Stoffregen-Büller, Die Deutschen in Bolivien, a.a.O.) Die Deutschen (deren Gesamtzahl in Bolivien Stoffregen-Büller mit ungefähr 4.000 angibt) beschränkten sich aber nicht nur auf finanzielle und ideelle Hilfe: Ein deutscher Bierbrauer versteck-

te Banzer in der entscheidenden Vorbereitungsphase; viele Deutsch-Bolivianer, allen voran die Gebrüder Wlsner, Besitzer einer großen bolivianischen Tuchfabrik, beteiligten sich aktiv an den Kämpfen. Man scheute auch nicht davor zurück, die deutsche Klinik in La Paz während der Kämpfe zu schließen, um Hunderte von Verletzten auf der Straße verbluten zu lassen. Gasser meinte: "Ich kann wohl behaupten, daß alle Deutschen mitgearbeitet haben, einige mehr, einige weniger, aber alle haben mitgearbeitet." Ein deutscher Lehrer, der während der Anfangsphase der Kämpfe dem Aufruf der Regierung Torres, für die Verletzten Blut zu spenden, folgte, galt fortan in der deutschen Kolonie als gefährlicher Kommunist. Wie sein historisches Vorbild Hitler - allerdings in etwas kleinerem Stil - richtete Banzer Konzentrationslager ein, in denen (nach Aussagen des persönlichen Freundes eines Lagerleiters) alle, die durch welche Methoden auch immer - als Kommunisten entlarvt werden können (sofern sie die Foltern überleben), kurzerhand an die Wand gestellt werden. Das sind nach den Schätzungen des obengenannten Zeugen bisher mindestens 600 Personen gewesen. Weitere 100 bis 1000 Personen (genaue Zahlenangaben sind schwer zu ermitteln) wurden während der Kämpfe erschossen. Eine große Zahl von Sozialisten, Kommunisten und bürgerlichen Demokraten floh nach Chile oder Argentinien. Die für die Aufrechterhaltung der Imperialistenherrschaft so wichtige Ruhe und Ordnung ist im Lande vorerst wiederhergestellt, Enteignungsdrohungen wurden zurückgenommen, schon vollzogene Enteignungen wieder rückgängig gemacht. In seiner ersten Rede nach der Machtergreifung garantierte Banzer denn auch, er werde die freie Initiative der Unternehmer entschieden fördern und sei für Hilfe aus dem kapitalistischen Ausland jederzeit und in jeder Form dankbar. Die deutschen Kapitalisten und Landbesitzer können zufrieden sein: Ihre Investitionen haben sich gelohnt.

So kann es auch kaum erstaunen, daß Klaus Barbie, alias Altmann, der ähnliche Aufgaben ja schon früher vorbildlich erfüllte, nicht an Frankreich ausgeliefert werden kann. Diesen Zeugen einer blühenden Vergangenheit des Faschismus als Stück lebendige Tradition, ja vielleicht sogar als sachkundigen Berater sich zu erhalten, liegt allzu offensichtlich im Interesse der gegenwärtigen bolivianischen Regierung. 9

CHILE

Das Nationalkomitee der Unidad Popular in Chile analysierte auf seiner jüngsten Tagung im Februar 1972 die bisherigen Ergebnisse der Tätigkeit der Volksregierung sowie Entwicklungsprobleme des Landes. Es beriet die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Regierung, für die Parteien und Organisationen der Unidad Popular, für die Werktätigen und für das chilenische Volk insgesamt. Horizont veröffentlicht Auszüge aus dem Dokument der Tagung.

UNIDAD POPULAR:

NEUE AUFGABEN FÜR REGIERUNG
UND VOLK

Die Schlußfolgerungen der Tagung des Nationalkomitees der Unidad Popular sind nicht ausschließlich für die teilnehmenden Organisationen bestimmt. Es geht darum, daß sie vom Volk diskutiert und durch neue Beiträge bereichert werden; denn letzten Endes muß das Volk viele der notwendig gewordenen Aufgaben selbst lösen. Deshalb wurde beschlossen, nationale Diskussionstreffen zu veranstalten, auf denen in kritischer und selbstkritischer Atmosphäre Ziel und konkrete Aufgaben für die regionale und kommunale Ebene, für die Produktionsstätten, die Wohngebiete und Gemeinden festgelegt werden. Auf diesen Tagungen müssen die Funktionäre und politischen Führer der Unidad Popular Rechenschaft ablegen und alle Fragen der Werktätigen in Stadt und Land, der Angehörigen der Mittelschichten und der Intelligenz, der Frauen und Jugendlichen beantworten, um die Initiativen und Vorschläge in die richtigen Bahnen zu lenken.

Stärkung der Unidad Popular

Die Analyse zeigte erneut, daß die in der Unidad Popular vereinten Parteien in ihrer programmatischen Zielstellung übereinstimmen. Es wurde jedoch festgestellt, daß diese grundlegende Übereinstimmung noch nicht in einer einheitlichen Organisation der prakti-

schon Arbeit und in den Modalitäten des gemeinsamen Handelns ihren Ausdruck findet. Es mangelt an einer tiefergehenden politischen Arbeit, an zielgerichteten Anstrengungen, das Programm der Unidad Popular in allen Punkten zu erfüllen. Daher besteht jetzt ihre dringende Aufgabe darin, die organisatorischen Fähigkeiten der Funktionäre zu entwickeln, das Volk zu mobilisieren und die Regierung zu unterstützen. Aus diesem Grunde kommt es darauf an, als ersten wirksamen Schritt eine wahrhaft kollektive Leitung auf allen Ebenen durchzusetzen, angefangen beim nationalen Politischen Komitee. Wir bekräftigen das Prinzip der Unidad Popular, daß alle ihr angehörenden Parteien effektiv gleichberechtigt sind. Jetzt gilt es, in kürzester Frist örtliche Versammlungen zu organisieren, denen später die regionalen Konferenzen und die Nationalversammlung der Unidad Popular folgen.

Die innere Stärkung der Unidad Popular ist eine dringend notwendige Aufgabe. Das ist wesentlich, um eine enge Verbindung zur Arbeiterklasse, zur Bauernschaft, zum Mittelstand und zu den übrigen Volksschichten zu sichern. Es wurde festgestellt, daß eine der größten Unzulänglichkeiten der bisher verfolgten Politik in der ungenügenden Einbeziehung der Massen in die Aufgaben der Volksregierung bestand. Aber die Festigung, Entwicklung und

Vertiefung des revolutionären Prozesses erfordern die Unterstützung durch die Mehrheit der Chilenen. Das wiederum setzt voraus, die Massen zu mobilisieren und ihre Initiativen mit allen Aktivitäten der Regierung konkret zu verbinden.

Die Notwendigkeit und Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, liegt in der Natur des Programms der Unidad Popular selbst, das objektiv die Interessen der großen Mehrheit der chilenischen Bevölkerung repräsentiert. Damit ist aber nicht gesagt, daß uns alle Schichten automatisch unterstützen, die aus den Maßnahmen der sozialen Umgestaltung Nutzen ziehen; denn Vorurteile, subjektive Einschätzungen, das ideologische Eindringen des Feindes und Fehler unsererseits bringen einige dieser Kreise dazu, sich zu distanzieren oder sogar gegensätzliche Positionen einzunehmen. Die Aufgabe besteht deshalb darin, sie zur Anerkennung der objektiven Realität zu bringen und ihre Teilnahme am Prozeß der revolutionären Umgestaltung zu erreichen, der für sie letzten Endes nützlich ist.

Kampf dem Sektierertum!

Der ideologische Kampf und unser gemeinsamer Wille, Sektierertum, Bürokratismus und Unehrlichkeit guszumerzen, sind unvereinbar mit sektiererischem Ver-

halten und Vorgehen. Wir stellen uns die Aufgabe, das Sektierertum auszurotten, das die Beziehungen zwischen den Parteien der Unidad Popular stört, das die gemeinsame Arbeit an der Basis torpediert und zu schädlichen Formen der Konkurrenz hinsichtlich der Gewinnung von Mitgliedern führt.

Gleichzeitig ist es an der Zeit, mit dem Bürokratismus Schluß zu machen, den wir als Erbe vorangegangener Regierungen übernommen haben; mit der Routine der unnötigen und ermüdenden Formalitäten, mit Haltungen des Desinteresses oder der Nachlässigkeit gegenüber jenen, die sich an eine öffentliche Dienststelle wenden. Man muß die Saboteure ausfindig machen und anprangern, die in die Verwaltungsorgane Eingang gefunden haben und die mit ihrem Handeln und ihrer Nachlässigkeit dem Volk Schaden zufügen.

Übereinstimmung gibt es auch im Entschluß, eine neue Moral bei der Ausübung der öffentlichen Funktionen durchzusetzen.

Die Erfüllung dieser grundlegenden und auch der anderen im Dokument genannten Ziele wäre utopisch, wenn wir nicht fähig wären, eine konsequente ideologische Arbeit unter den Massen zu leisten, die zum vollen Verständnis des gegenwärtigen revolutionären Prozesses führt. Wir müssen feststellen, daß wir damit in Verzug sind.

Die Reaktion und der Imperialismus haben ständig das Thema der Diskussion bestimmt und sie interessierende Fragen in den Vordergrund gerückt. Die Unidad Popular hingegen hat die echten Werte des revolutionären Prozesses nicht in den Mittelpunkt der Debatte gestellt. Heute scheint z. B. das Problem der Versorgung, vor dem alle Regierungen standen, augenscheinlicher als früher zu sein, wenngleich es in der Vergangenheit die einfachen Menschen weitaus stärker betraf. Es ist das Ergebnis einer unzureichenden wirtschaftlichen Struktur und nicht der Nationalisierung des Kupfers, des Eisens oder des Stahls, die wirksame ökonomische Grundlagen für unsere reale Entwicklung gelegt hat. Das Volk ist

sich nicht immer bewußt, daß der ideologische Kampf zwischen denjenigen geführt wird, die weiterhin die imperialistischen Ansprüche verteidigen, und denen, die ein souveränes und unabhängiges Vaterland erstreben. Diesem täglichen Kampf wird die Unidad Popular maximalen Vorrang geben müssen.



Erfolge in der Produktionsschlacht

Im Jahre 1971 wurden entscheidende Schritte unternommen, um das Programm der Volkseinheit zu verwirklichen. Die Strukturveränderungen sind Bestandteil des Beginns der sozialistischen Umgestaltung. Das ökonomische Wachstum und die Wiederbelebung der Wirtschaft haben ein Ausmaß erreicht, das bisher nur in Ausnahmefällen bekannt war. Die Arbeitslosigkeit wurde beträchtlich vermindert. Es erfolgte eine Umverteilung des Einkommens. Die Kaufkraft und die Konsumtion der Werktätigen haben zugenommen. Das Volk muß wissen, daß z. B. im Jahre 1971 große Erfolge in der Produktionsschlacht errungen wurden.

Heute befinden sich die Hauptzweige der Industrie, die früher von Imperialisten und Monopolgruppen beherrscht waren, unter staatlicher Kontrolle. Es handelt sich um Kupfer-, Eisen-, Salpeter- und Steinkohlevorkommen, um das Hüttenwesen, große Zementfabriken, Textilwerke, Fischereiunternehmen und um Banken. 1378 Güter, die knapp 2 700 000 ha umfaßten, wurden enteignet. Gleichzeitig wuchs das Nationalprodukt um etwa 9 Prozent. Die Industrieproduktion stieg um etwa 13 Prozent. Die Arbeitslosigkeit sank von 8,3 auf 3,8 Prozent. Das Realeinkommen erhöhte sich um 20 Prozent und die Konsumtion der Werktätigen um 13 Prozent. Der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Nationaleinkommen stieg damit auf 60 Prozent gegenüber 51 Prozent vor Amtsantritt der UP-Regierung. Die Preissteigerung war bedeutend geringer als 1970.

Die Reaktion versucht durch Hetzkampagnen in der Presse, die Größe und Bedeutung dieser Errungenschaften zu diffamieren. Die Unidad Popular trat diesen Machenschaften nicht prinzipiell entgegen und entlarvte nicht die Absichten der reaktionären Kräfte. Die Perspektive wurde aus den Augen verloren.

Monopole steigern Aggressivität

Mit jedem Schritt zur Erfüllung des Programms wird die Macht der Reaktion geschwächt. Da sie aber nach wie vor über wichtige Positionen in der Wirtschaft des Landes verfügt, steigert sie ihre Aggressivität. Das wird ihr erleichtert, da wir in der Vergangenheit gegen einige große Monopole nicht entschieden vorgegangen sind. Aufgrund von Fehlern und Schwächen haben wir ihnen den Zugang zu umfangreichen finanziellen Ressourcen offengehalten.

Als die Regierung der Unidad Popular ihr Amt aufnahm, waren die reaktionärsten Kreise in der Defensive. Sie gaben sich der Hoffnung hin, daß sich das UP-Programm nicht vollständig durchsetzen, daß sich der revolutionäre Charakter des Prozesses in einen rein reformistischen verwandeln würde. Sie hofften, den Staatskapitalismus stärken zu können.

Heute haben sich diese Illusionen der Reaktion zerschlagen, und sie handelt dementsprechend. Sie spornet zu aufrührerischen Handlungen an, die die Wirtschaftspolitik der Volksregierung um jeden Preis zum Scheitern bringen sollen. Es bestätigte sich dabei wiederholt, daß ihre Aggressivität nicht nur aus Verzweiflung über den Fortschritt bei der Erfüllung des Programms herrührt. Diese Kreise und die sie repräsentierenden politischen Kräfte scheuen sich auch vor den Untersuchungen der Delikte und Betrügereien, die die Volksregierung aufgedeckt und den entsprechenden gerichtlichen und administrativen Organen zugeleitet hat.



Die rechten Kräfte unternehmen alles Mögliche, die Macht auf die Zentren zu übertragen, die sie kontrollieren, vor allem auf das Parlament. Davon zeugen ihr Eifer, die Haushaltsmittel für die Entwicklung des Landes und für die Verwaltungsbereiche zu beschneiden, was zu Entlassungen führt; ihr Bestreben, die Verfassung auf der Grundlage falscher Interpretationen – die glücklicherweise durch das Verfassungsgericht zurückgewiesen wurden – zu verletzen, und ihr Wunsch, die Rechte des Präsidenten durch Anschuldigungen von Ministern zu beschränken. Die Regie-



rungsopposition läßt sich zuweilen dazu hinreißen, zu einer Art Opposition gegen die Interessen des Landes zu werden.

Die Hauptziele für 1972

Die Unidad Popular bringt mit aller Klarheit zum Ausdruck, daß die Erfüllung des Grundsatzprogramms der Regierung beschleunigt werden muß. Ausgehend von dieser Entscheidung, bestehen die Hauptziele ihrer Politik für 1972 darin, das gesellschaftliche Eigentum schnell zu erweitern, die Lebensbedingungen der Werktätigen weiter zu verbessern und solidere Grundlagen für die künftige Entwicklung zu schaffen. Das erfordert in erster Linie, die Werktätigen auf allen Entscheidungsebenen stärker einzubeziehen.

Die Monopolbourgeoisie hält nach wie vor bedeutende Machtinstrumente in ihren Händen, mit denen sie ihre Sabotage- und Obstruktionspolitik unternimmt und versucht, bestimmte Gruppen von Arbeitern zu korrumpieren. Ähnlich reagieren auch die verbliebenen Großgrundbesitzer.

Eine den Gegebenheiten angepaßte ökonomische Politik, die gleichzeitig stärker auf die Erzielung von Gewinnen und deren Einsatz in vorrangigen Zweigen ausgerichtet sein soll, erfordert eine umfassendere gesellschaftliche Kontrolle vor allem in den Betrieben, die für die Versorgung und für die perspektivische Entwicklung ausschlaggebend sind. All das bestätigt die Richtigkeit der Entscheidung, schnell voranzuschreiten, um die institutionellen Veränderungen, wie sie im Programm vorgesehen sind, herbeizuführen.

In der Landwirtschaft bedeutet das, alle Güter über 80 ha bewässerten Bodens zu enteignen. Was den Industriesektor betrifft, so bekräftigen wir die Entscheidung, daß diejenigen Betriebe verstaatlicht bzw. teilweise verstaatlicht werden, deren Namen vom Präsidenten der Republik öffentlich bekanntgegeben wurden. Diese Überführung muß auf der Grundlage einer effektiven Mobilisierung der Arbeiter dieser Betriebe erfolgen.

Der Wunsch, die Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern, findet seinen konkreten Ausdruck in verschiedenen Plänen. Dazu gehört in erster Linie die Verbesserung der Lohnpolitik, deren Hauptgesichtspunkte in der Vereinbarung zwischen der Gewerkschaft CUT und der Regierung definiert sind. Wichtig ist der Hinweis, daß diese Politik eine neue Umverteilung der Einkommen voraussetzt. Es ist auch vorgesehen, den Wohnungsbau zu forcieren, das Bildungssystem und die Berufsausbildung zu erweitern, die Nutzung von Einrichtungen der Erholung und Entspannung zu erleichtern sowie auch die Versorgung in den Wohnzentren zu verbessern.

Die politische Leitung der Unidad Popular hat in ihrer Analyse hervorgehoben, daß es jetzt darauf ankommt, eine zentrale ökonomische Leitung zu sichern,

die nicht nur die Grundsätze der Wirtschaftspolitik durch präzise Orientierungen bestimmt, sondern auch ihre Realisierung kontrolliert und mit direkten Entscheidungsbefugnissen über Fragen von größerer Tragweite ausgestattet ist.

Es ist notwendig, den Bereich des gesellschaftlichen Eigentums effektiv zu leiten, ihn rationell zu organisieren, harmonisch, schnell und planmäßig zu entwickeln. Erforderlich ist, daß die Werktätigen den Plan diskutieren. Wir benötigen eine Administration, die den Weg zur verantwortungsvollen Einbeziehung der Werktätigen auf allen Ebenen öffnet und den Technikern größere Möglichkeiten gibt. Auf der Grundlage planmäßiger Arbeit müssen die vergesellschafteten Betriebe höchste Ergebnisse in Produktivität und Rentabilität erzielen.

Die im Jahre 1971 erreichten Fortschritte in der Kontrolle des Bankensystems müssen 1972 vertieft werden: Es ist eine Bankstruktur zu organisieren, die den Interessen der neuen Wirtschaft entspricht. Sie muß darauf gerichtet sein, den Bürokratismus zu überwinden und die für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigsten sozialen Gruppen und Sektoren zu unterstützen. 1971 war das Jahr, in dem die Banken verstaatlicht worden sind. 1972 wird das Jahr sein, in dem das Bankwesen den Bedürfnissen der Entwicklung des Landes und seines Volkes untergeordnet wird. Das kürzlich gebildete Komitee für Außenhandel wird dazu wesentlich beitragen.

Gleichzeitig geht es darum, die auswärtigen Quellen, die – besonders in den sozialistischen Ländern – erschlossen worden sind, beschleunigt zu nutzen. Auf der Grundlage eines straff geführten Devisenhaushaltes wird eine zielgerichtete Importpolitik betrieben, um das Land mit den wichtigsten Konsumgütern und die Wirtschaft mit den erforderlichen Rohstoffen, Ersatzteilen, Maschinen und Industrieausrüstungen zu versorgen.

Im Export behält Kupfer für kurze Zeit den Vorrang. Das bedeutet jedoch nicht, daß andere Bereiche nicht auch gefördert und unterstützt werden. In diesem Sinne wird als nationale Aufgabe – nach gemeinsamer Beratung mit den Arbeitern des Kupferbergbaues – eine bedeutende Produktionssteigerung gegenüber 1971 festgelegt.

Diese Politik ist direkt darauf gerichtet, die Lebenslage der Werktätigen zu verbessern. Es werden die vorrangigen Güter und Dienstleistungen ermittelt, um in entsprechendem Maße die Produktion zu erhöhen, die notwendige Erfüllung der Importe zu garantieren und ein Investitionsprogramm zu konkretisieren, das die Produktionskapazität der Lebensmittel- und Textilindustrie sowie anderer Industriebereiche erweitert, die Konsumerzeugnisse liefert. Den Bauern wird das Ziel vorgegeben, die landwirtschaftliche Nutzfläche auf 200 000 ha zu erhöhen.

Verfügbare Ressourcen nutzen

Dieser Komplex wirtschaftspolitischer Maßnahmen wird ergänzt durch ein umfangreiches Investitionsprogramm. Die Entwicklungspläne der Volksregierung setzen voraus, daß der produktiven Investition und dabei der Investition für die Erzeugung von Konsumgütern sowie der Erhöhung der Beschäftigtenzahl größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Im Gegensatz zu dieser Orientierung entsprechen die übernommenen Projekte anderen Zielen. Deshalb sind besondere Anstrengungen notwendig, um ein ausgewogenes Programm zu entwerfen, das die Investitionen für die Versorgung des Volkes mit den Investitionen für die Grundstoffindustrie (Stahl, Petroleum, Elektrizität) koordiniert.

Die staatlichen Organe für Investitionen sind zersplittert. Sie wenden traditionelle Kriterien an, wenn sie Projekte entwickeln und bewerten, führen lange Studien durch und benötigen Jahre für Entscheidungen. Es ist unumgänglich, diese alten Kriterien zu modifizieren und ein rationelles System für die Ausarbeitung von Investitionsvorhaben zu schaffen.



Um die neuen Organe für Investitionen zu unterstützen, wird erwogen, ein nationales System für Ingenieurwesen zu schaffen. Es müßte darauf gerichtet sein, die Arbeit der inländischen Ingenieure und Techniker zu rationalisieren und ihre Bemühungen mit der ausländischen technischen Unterstützung in Einklang zu bringen sowie die chilenischen Ingenieure von bürokratischen Aufgaben zu befreien.

Diese Orientierung setzt weiterhin voraus, die Investitionen zu dezentralisieren, damit mehr in den Regionen investiert wird, in denen die Rohstoffe vorhanden sind, und in den Provinzen Industrien aufgebaut werden. Es ist notwendig, die Zufahrtswege zu verbessern, damit die Bauern, die kleinen und mittleren Produzenten ihre Produkte trans-

portieren können. Es sind Silos und Schlachthöfe zu bauen, und es ist eine integrierte Infrastruktur zu schaffen, um Produktionsverluste zu vermeiden. Innerhalb eines nationalen Versorgungssystems müssen Kaufkraft und Transport garantiert werden.

Für die Realisierung dieses Investitionsprogramms ist der Beitrag der sozialistischen Länder besonders bedeutsam. Die Verhandlungen, die im vergangenen Jahr stattfanden, haben die Möglichkeit unter Beweis gestellt, 130 Projekte zu konkretisieren, eine Möglichkeit, die jetzt Wirklichkeit zu werden beginnt.

Die Haltung zu den kleinen und mittleren Unternehmern

Es ist mehrmals wiederholt worden, daß das Programm der Unidad Popular den Interessen des nichtmonopolistischen Privatbetriebes nicht widerspricht. Die wirklichen Gegensätze hinsichtlich der Produktion und Verteilung bezogen sich in der Vergangenheit auf die großen Monopolbetriebe. Das ist auch heute noch so.

Trotzdem ist es bisher nicht zu einer allgemeinen Verständigung und zu Formen gemeinsamer systematischer Arbeit zwischen den administrativen Organen der Regierung und den Interessenvertretungen dieser Unternehmer gekommen. Die ideologische Einflußnahme der Reaktion war stärker und hat einige der erwähnten Schichten mitgerissen, sich entgegen ihren wirklichen Interessen mit der Monopolbourgeoisie zu solidarisieren und sich einer vielschichtigen nationalen Front des Privatbereiches anzuschließen. In letzter Zeit sind jedoch bedeutende Schritte unternommen worden, um die erwähnte Verständigung zu fördern, und es wird der Wille bekräftigt, sie zu vertiefen. Es wird die Bereitschaft unterstrichen, mit dem Einzelhandel ähnliche Statuten, wie sie mit der Kleinindustrie vereinbart wurden, zu unterschreiben. Daneben sind Möglichkeiten für eine breite und ständige Mitarbeit der kleinen und mittleren Unternehmer gegeben. Ihre Forderungen, die Versorgung mit Rohstoffen, Ausrüstungen und Krediten zu sichern, werden anerkannt.

Dasselbe betrifft die Klein- und Mittelbauern, einen Sektor, der ungefähr 40 Prozent der Landbevölkerung Chiles beträgt. Für sie bleiben die Grundlinien der Politik der Volksregierung bestehen: der Schutz gegen Enteignung ihrer Ländereien, die schnelle Anwendung der Vorzüge des Sozialfürsorgesystems, die die Regierung ihnen auf dem Gesetzeswege zugebilligt hat, die Förderung des Genossenschaftswesens.

Mit diesen grundlegenden Zielen und Aufgaben für das Jahr 1972 wird der Prozeß bekräftigt, der von der Volksregierung eingeleitet wurde und der

direkt zum Aufbau des Sozialismus führt. Es ist vorgesehen, den staatlichen Sektor schnell auszubauen und davon ausgehend neue Bedingungen für den Privatsektor zu schaffen.

Die Aufgaben, die sich die Volksregierung stellt, sind in dem Maße lösbar, wie sie von der Arbeiterklasse, den Bauern, den Technikern und Facharbeitern, der chilenischen Intelligenz und den Mittelschichten und vor allem den Frauen und der Jugend selbst in Angriff genommen werden.

Die freiwilligen Arbeitseinsätze in den Industriebetrieben und Bergwerken, die das ganze Land erfaßt haben, sind Ausdruck dafür, daß sich die Werktätigen und das Volk als die Herren ihrer Heimat und als die Verantwortlichen für ihren Fortschritt fühlen.

Mitbestimmung des Volkes und Charakter des Staates

Die Verwirklichung der sozialen Ziele erfordert vor allem, die Massen für die konkreten Ziele zu mobilisieren, die sich aus den Aufgaben selbst ergeben. Der Rückstand und die ungenügende Arbeit, die hierbei aufgetreten sind, bildeten eines der Hauptthemen, mit denen sich die politische Leitung der Unidad Popular kritisch und selbstkritisch auseinandergesetzt hat. Als wichtigste Schlußfolgerung formulierte sie, das Programm zur Sache des Volkes zu machen. Des Weiteren muß die Teilnahme der Werktätigen echt und demokratisch sein. Sie muß alle Kreise ansprechen – sowohl die der Unidad Popular als auch die christdemokratischen und unabhängigen.

In erster Linie ist es notwendig, die Teilnahme der Werktätigen in den Betrieben des staatlichen Sektors und des gemischten Sektors zu erweitern und zu vertiefen. Die Klassenorganisationen der Werktätigen sind auszubauen und zu verbessern sowie auf die Sektoren der kleinen und mittleren Unternehmen auszudehnen, die den entscheidenden Teil der Privatbetriebe darstellen. Im Hinblick auf einheitliche Klassenrichtlinien wird zum Beispiel bedeutsam, daß die Gewerkschaften nach Wirtschaftszweigen formiert werden, eine Maßnahme, die der Gewerkschaftsbund CUT inzwischen bestätigt hat.

Viele konkrete Aufgaben werden direkt dem Volk übergeben, wobei sich in diesem Prozeß Charakter und Natur des Staates ändern werden.

Sozialismus wird von der Basis her errichtet

Die Tagung, die zu der vorliegenden Erklärung führte, hat den einheitlichen und konstruktiven Charakter bewahrt,

der unsere Arbeit seit der Formulierung des Regierungsprogramms bestimmte. Die Probleme werden aus der Sicht der Interessen und der Zukunft der werktätigen Klassen und des ganzen Volkes ausführlich behandelt, wobei eine Vielzahl von Fakten berücksichtigt wird.

Alles mit den Massen prüfen, alles mit ihnen lösen – das wird unsere grundsätzliche Führungslinie sein, die zunehmend verallgemeinert und vertieft wird. Aus den Reihen des Volkes sollen nicht nur allgemeine revolutionäre Impulse hervorgehen. Es werden dort auch spezifische Entscheidungen entstehen, die von den Massen immer direkter verwirklicht und kontrolliert werden müssen.

Wir bekräftigen noch einmal, daß alle zur Teilnahme an den zu lösenden Aufgaben aufgerufen sind – unabhängig von ihrer politischen Haltung. Wir sind nicht daran interessiert, die Mechanismen der Teilnahme zu kontrollieren. Wichtig ist, daß sie bestehen und arbeiten.

Wie alle übrigen Elemente dieses Prozesses wird die Qualität, in der die Institutionen des Staates und der Regierung wirksam werden, in letzter Instanz von der Arbeit der Massen, ihrer aktiven Teilnahme abhängen. Zweifellos haben wir auf diesem Gebiet dringende Probleme, die wir ohne jeden Aufschub in Angriff nehmen müssen. Für die Durchsetzung der dazu erforderlichen Maßnahmen tragen die politischen Parteien besondere Verantwortung.

Wir vertrauen auf das Volk, um mit ihm die anstehenden Probleme zu lösen. Wir appellieren an das Gewissen aller Vertreter der Linken, zu verstehen, daß nicht der Zeitpunkt dafür ist, falsche Alternativen gegenüber der politischen Führung aufzustellen, die die werktätige Klasse in diesem historischen Moment der Unidad Popular übertragen hat. Dies würde die Kräfte des Volkes spalten und der imperialistischen Reaktion Vorschub leisten.

Wir glauben, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, die Kräfte zu einen, um die ständigen Werte Chiles, die Freiheit, die Demokratie und die Möglichkeiten der Mehrheit, zum Wohlstand zu gelangen, voranzubringen. Diese Werte, die während so vieler Jahre von der Oligarchie mit Füßen getreten wurden, gewinnen heute ihre richtige Dimension und müssen durch den gemeinsamen Kampf zunehmend erweitert werden.

Nationalkomitee der Volkseinheit
Santiago, 9. 2. 1972

(Zwischentitel horizont)

(Quelle: Horizont

Nr. 10, 1972)

DORA VOLOSKY: DIE FRAU IN DER LANDREFORM

Chile ist ein Land mit 10 Millionen Einwohnern, das sich zwischen zwei Gebirgsketten erstreckt: den Gebirgszügen der Anden und dem Küstenmassiv. Zwischen beiden verläuft ein zentrales Tal, durchschnitten von einigen Quertälern, die von den schnellen, von den Anden zum Meer hinabstürzenden Flüssen gebildet werden. Im zentralen Teil des Landes herrscht mildes subtropisches Klima, das den Anbau von Obst und Wein begünstigt, während im Süden Wolltiere gezüchtet werden.

Trotz dieser geographischen Merkmale des Landes, die einen Mangel an landwirtschaftlicher Nutzfläche erkennen lassen, wobei die vorhandene Fläche intensiv landwirtschaftlich genutzt werden müßte, herrschte auf dem Lande seit den Zeiten der Eroberung durch die Spanier das System der Latifundien vor. Obwohl das Land in der Lage wäre, das Doppelte seiner Bevölkerungszahl zu ernähren und zusätzlich hochwertige landwirtschaftliche Produkte zu exportieren, muß es jährlich Millionen Dollar für den Import von Grundnahrungsmitteln ausgeben.

Im Jahre 1960 sah die Verteilung des Landbesitzes in Chile wie folgt aus:

Größe des Besitzes	Eigentümer	landw. Nutzfläche
über 1000 ha	1,3 %	72 %
100— 999 ha	7,6 %	7,6 %
10— 99 ha	29,3 %	17,2 %
bis 10 ha	61,8 %	3,2 %

Wie aus der Statistik ersichtlich, sind 1,3 Prozent der Landeigentümer Herren über 72 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes, während 61,8 Prozent der Landbesitzer nur über 3,2 Prozent des Landes verfügen. Hinzu kommt noch eine große Zahl von Landarbeitern, die überhaupt keinen eigenen Grund und Boden besitzen. Beide Arten von landwirtschaftlichen Betrieben, die sehr großen und die ganz kleinen, waren und sind nicht in der Lage, die Menge an Nahrungsmitteln zu produzieren, welche die Bevölkerung benötigt.

Von der „Blumentopf“-Reform zum Asentamiento

Es gab verschiedene Versuche, dieses System der Landverteilung zu ändern, und sogar die Industriellen interessierten sich dafür, weil ihre Interessen durch die geringe Kaufkraft eines großen Teils der Bevölkerung direkt beeinträchtigt wurden. Im Verlauf der ersten Versuche wurde Land nach dem System der Kolonisierung¹ abgegeben. Im Laufe der Zeit kauften einige Siedler die Ländereien ihrer Nachbarn auf; so wurden sie schnell zu Großgrundbesitzern. Dann wurde eine Landreform nach dem „Blumentopfprinzip“² durchgeführt. Schließlich wurde im

Juli 1967 das Gesetz Nr. 16 440 über die Landreform erlassen. Es handelte sich um eine fortschrittliche Gesetzgebung, bei der die Volksparteien ihre Unterstützung für die Christlich-Demokratische Partei, die zu diesem Augenblick regierte, von der totalen Beseitigung des Latifundienbesitzes abhängig machten.

In den Jahren dieser Regierung jedoch wurden nur 1400 Güter enteignet und in „Asentamientos“ umgewandelt. Das „Asentamiento“ bestand darin, den Landarbeitern eines großen Gutes Boden nach Ablauf einer Probezeit von 2 bis 3 Jahren als Eigentum zu übergeben. Diese Einrichtung sollte den Bauern auch finanzielle Erleichterungen und Möglichkeiten der Entwicklung und Schulung bieten. Die Bauern kamen jedoch nicht in den Genuß der Erleichterungen, und jene die von der Reform profitierten, stellten Landarbeiter ein, die es zum Zeitpunkt der Enteignung gab. Die so arbeitenden „Asentamientos“ führten zur Herausbildung verschiedener Kategorien von Arbeitenden, jenen mit Recht auf Land (der Vater, das Familienoberhaupt) und jenen ohne Recht auf Land (die Frau, die unverheirateten Kinder sowie die Landarbeiter). Diese Lohnarbeiter machten 30 Prozent der Arbeitskräfte im Asentamiento aus.

Unter der Regierung der Unidad Popular wurde die Landreform auf der Grundlage des gleichen Gesetzes durchgeführt, jedoch so, daß sie wirklich den Bauern zugute kommt. Bedeutende Veränderungen sind in der Landwirtschaft vorgenommen worden, und zwar nicht nur in bezug auf die Beseitigung des Großgrundbesitzes. Den Bauern wird die Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft verständlich dargelegt, und man orientiert sich auf den Sozialismus. In dem einen Jahr, seitdem die Regierung der Unidad Popular im Amt ist, wurden bereits 1300 Latifundien enteignet, darunter die größten, die es in Chile gab, wie die „Sociedad Explotadora de Tierra del Fuego“ (Gesellschaft zur Nutzung Feuerlands).

Die Gesamtheit der Bauernschaft wird in den Prozeß der Landreform einbezogen. Die arbeitslosen Landarbeiter werden in die Landreformzentren³ aufgenommen. Die Asentamientos werden veranlaßt, sich zu „landwirtschaftlichen Kommunen“ zusammenzuschließen, in denen die Produktionsmittel allen zur Verfügung stehen. Die Verbesserungen sollen allen zugute kommen. Die Landreformzentren werden auf gesellschaftlicher Ebene eine solche Rolle spielen, die der einzelne Bauer nie spielen konnte.

Gleiche Rechte

Wie bereits dargestellt, hatte nur der Mann, das Familienoberhaupt, das Recht auf Land, auf ein Asenta-

miento. Die Diskriminierung der Frau blieb erhalten. Sie wurde weiter unterdrückt und erniedrigt. Die christlich-demokratische Regierung bekundete ihre Sorge um die Frau durch die Gründung von Mütterzentren, die jedoch nur hauswirtschaftliche Ziele verfolgten. Nichts wurde getan, um die Frauen an die Massenorganisationen und an die Gewerkschaften heranzuführen.

Unter der bäuerlichen Bevölkerung sind 50 Prozent Frauen. Ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Tätigkeit wird aus der folgenden Tabelle ersichtlich, welche die Beschäftigung der Landbevölkerung in den sechs zentralen Provinzen Chiles wiedergibt (Statistiken von 1960).

		Verwaltung und Angestellte	Pflichtarbeiten	Pächter
Coquimbo	M	473	700	2840
	F	23	16	96
Aconcagua	M	420	530	3844
	F	6	6	21
Valparaíso	M	460	631	2796
	F	11	13	16
O'Higgins	M	819	998	6292
	F	14	4	108
Colchagua	M	641	996	5207
	F	18	14	34
Curico	M	426	433	3341
	F	7	3	8

Heute ist man vor allem darum bemüht, die häuslichen Probleme der Frau lösen zu helfen, damit sie über mehr Zeit verfügen kann, um zum Wohle der Gesellschaft zu lernen und zu arbeiten. Es ist beabsichtigt, die Bildung und Ausbildung der Frau zu fördern, damit sie den Prozeß der Landreform versteht, gemeinsam mit dem Mann an der Diskussion über die Probleme teilnehmen kann, die in der Produktion und Organisation der Arbeit auf dem Lande entstehen, und damit sie sich an den Arbeitsgruppen beteiligen kann.

Sie soll auch ihre staatsbürgerliche und gesellschaftliche Rolle voll spielen können und muß gleichberechtigt in den Landreformräten⁵ beteiligt sein. Die Frau muß die gleichen Rechte auf Land wie der Mann unter den gleichen Bedingungen haben.

¹ Landzuteilung an Gruppen chilenischer Staatsbürger oder Ausländer.

² Dieser Ausdruck wird gebraucht, um die Art von Reform zu verspotten, die den Bauern nur ganz geringe Stücken Land brachte.

³ Bei dem von der Volksregierung enteigneten Boden werden die Asentamientos durch die Landreformzentren ersetzt. Diese erlauben eine bessere Bewertung des Bodens, eine mehr erfolgreiche Feld- und Milchwirtschaft und eine höhere Ausnutzung der Bewässerungs- und Kühlanlagen. (aus „Mujeres“, der Zeitschrift der Mütterzentren, November 1971).

⁴ Chile hat insgesamt 24 Provinzen.

⁵ Zum ändern wurden Räte der Bauern geschaffen, die es den Arbeitern erlauben, an der Planung der Landwirtschaft für ein ganzes Gebiet teilzunehmen. („Mujeres“, November 1971).

(Quelle: Frauen der ganzen Welt Nr. 1/72)

ALGERIEN

BRINGFRIED BEER:

MEHR RECHTE FÜR ARBEITER IN ALGERIENS BETRIEBEN

Die staatlichen Betriebe und Unternehmen Algeriens stehen am Beginn revolutionärer Veränderungen. Grundlage dafür ist die "Verordnung über die sozialistische Leitung der Betriebe", die vom Vorsitzenden des Revolutionsrates, Houari Boumédiène, in der vergangenen Woche unterzeichnet wurde. Sie beinhaltet die wichtigsten Forderungen der "Charta der sozialistischen Organisation der Betriebe", die in den vergangenen Monaten von den Werktätigen zahlreicher Betriebe diskutiert worden war.

Die Verordnung sichert dem Algerischen Gewerkschaftsbund UGTA weitreichende Vollmachten zu. Sie sieht vor, daß die Belegschaften aller staatlichen Betriebe und Unternehmen Ständige Arbeiterversammlungen wählen, die mit Hilfe von vier Kommissionen praktisch alle Bereiche des Betriebsgeschehens kontrollieren. Solche Kommissionen soll es künftig für Ökonomie und Finanzen, für soziale Angelegenheiten, für Berufsprobleme und Ausbildung und schließlich für Disziplinar- und Personalfragen geben. In den Betriebsleitungen sollen Vertreter der Ständigen Arbeiterversammlungen mitarbeiten. Als Mitglieder der Ständigen Arbeiterversammlung sollen nur aktive Gewerkschafter des jeweiligen Betriebes gewählt werden.

Diese Festlegungen lassen die unabänderliche Absicht des Revolutionsrates und der Regierung erkennen, den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg folgerichtig fortzusetzen und seine Errungenschaften so zu festigen, daß er nicht mehr rückgängig zu machen ist. Sie unterstreichen, was die algerische Presse in diesen Tagen besonders hervorhebt: daß die werktätigen Massen in Industrie und Landwirtschaft dabei eine herausragende Rolle übernehmen sollen. Die Bedeutung der Verordnung wird daher besonders plastisch, wenn man sie in die Reihe der Maßnahmen einordnet, die bisher von der Regierung Boumédiène zur präzisen Bestimmung der Entwicklung Algeriens, deren Fernziel der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist, getroffen wurden.

Genannt seien in diesem Zusammenhang die Wahl örtlicher Volksvertretungen in den Gemeinden, Städten und Wilayaten (Verwaltungsbezirken) in den Jahren 1967 und 1971, die Reorganisation der FLN-Partei und der Massenorganisationen sowie die gegenwärtig vonstatten gehenden Reformen der Justiz sowie des Bildungswesens.

Doch das Hauptaugenmerk war seit eh und je auf die Stärkung der Wirtschaft als die Grundlage der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes gerichtet. Das kam auf dem Gebiet der Landwirtschaft unmittelbar nach Erlangung der Unabhängigkeit in der - aus der Not geborenen - Selbstverwaltung zum Ausdruck, die es ermöglichte, über zwei Millionen Hektar des besten Bodens, den sich die Kolonialisten angeeignet hatten, im Interesse Algeriens unverzüglich zu bearbeiten. Regierung und Landbevölkerung steuern heute auf eine Agrarrevolution zu, deren Ziel die grundlegende Veränderung der Verhältnisse auf dem Lande ist.

Der Demokratisierungsprozeß in der Industrie war mit der Nationalisierung eingeleitet worden, die den staatlichen Sektor begründete. Dieser bildet jetzt die ökonomische Basis für die Machtausübung der revolutionär-demokratischen Kräfte. Die Beteiligung der Werktätigen an der Leitung des staatlichen Sektors, so hieß es in dem diskutierten Entwurf der Verordnung, soll "dazu beitragen, an der Basis jede technokratische oder bürokratische Willkür zu beseitigen". Als unmittelbare ökonomische Auswirkungen erwartet man davon eine Steigerung der Produktion, Qualitätsverbesserungen sowie eine Senkung der Kosten. Doch "die Ziele, die von der algerischen Revolution verfolgt werden, sind nicht nur ökonomischer Art. Sie sind in ihrem Endzweck humanitär, weil sie die Entwicklung des Menschen auf allen Gebieten, sowohl politisch und wirtschaftlich als auch sozial und kulturell, in vollem Maße sichern", hieß es in dem Dokument.

Zur Wahrnehmung ihrer größeren Rolle bei der Verwirklichung der Verordnung kündigte der Sekretär für Organisationsfragen der Gewerkschaft, Mohamed Chaa, "eine völlige Umwandlung der Konzeption und der Strukturen der UGTA" an. Der Aufbau der Organisation nach Industriezweigen werde viel größere Bedeutung erlangen, da er den ökonomischen Gegebenheiten besser entspricht. Doch, so betonte UGTA-Generalsekretär Abdel Kader Benikous, in diesen

organisatorischen Vorbereitungen dürften sich die Aufgaben der Gewerkschaft keinesfalls erschöpfen. Sie müßte auch erzieherische Aufgaben übernehmen, denn der Erfolg der von Revolutionsrat und Regierung beschlossenen Maßnahmen hänge wesentlich von der fachlichen und politischen Qualifikation der Werktätigen ab.

(Quelle: Neues Deutschland v. 25.11.1971)

Adressenänderungen

bitte
r e c h t z e i t i g
bekanntgeben

LIBANON

Wir bringen im Folgenden den zweiten Teil des Kapitels "Die Lage im Arabischen Raum", dessen erster Teil in AIB Nr 3/72 erschien.

THESEN ZUM 3. PARTEITAG DER KP LIBANONS

II DIE LAGE IM ARABISCHEN RAUM (2)

Die rechten konservativen Strömungen zu isolieren, die fortschrittlichen Strömungen in den fortschrittlichen Regierungen zu verstärken, um Armee und Staatsapparat von den Handlangern der Ausbeuterklasse zu befreien, den Massen weitgehende demokratische Freiheiten zu gewähren, endgültig mit der Politik des Antikommunismus Schluß zu machen, der Arbeiterklasse zu gestatten, eine immer größere Rolle bei der Führung der Gesellschaft zu spielen, ein wirkliches Bündnis und eine Aktionseinheit zwischen allen fortschrittlichen Kräften herzustellen, die freundschaftlichen Beziehungen zu der UdSSR und den sozialistischen Ländern zu verstärken - all das liegt nicht nur im Interesse der Entwicklung dieser Regierungen selbst, sondern auch im Interesse der Entwicklung der nationalen arabischen Befreiungsbewegung in ihrer Gesamtheit. Es würde ihr erlauben, den imperialistischen, zionistischen und

reaktionären Verschwörungen entgegenzutreten und zur Verwirklichung der sozialen und nationalen Ziele der arabischen Völker zu schreiten.

Das arabische Volk in Palästina spielte in den drei vergangenen Jahren eine entscheidende Rolle im Kampf gegen die imperialistische, zionistische Aggression und für die Erlangung seiner legitimen nationalen Rechte.

Die palästinensische Befreiungsbewegung war der lebendige Ausdruck der unabhängigen Persönlichkeit dieses Volkes, seines Willens, mit allen Mitteln für seine Heimat und das Recht auf Selbstbestimmung zu kämpfen. Seit ihrer Gründung wurde diese Bewegung von Imperialismus, Zionismus und arabischer Reaktion wütend angegriffen; alle Mittel waren recht, um ihr den Weg zu versperren, ihr einen entscheidenden Schlag zu versetzen, sie zu vernichten, sie in Jordanien und im Libanon nach und nach im Blut zu ertränken sowie ihre allgemeine Austilgung in Jordanien zu organisieren, die im September 1970 begann und bis heute andauert.

Trotzdem blieb die palästinensische Befreiungsbewegung auf Grund der kleinbürgerlichen Herkunft ihrer Führer und der grundlegenden Fehler, die bei ihrer Gründung und während ihrer Entwicklung begangen wurden, gespalten; sie blieb allgemein, in nächster Zeit nicht zu verwirklichenden Losungen verhaftet sowie autoritärer Praktik ergeben. Es gab kein einheitliches Programm für die gesamte palästinensische nationale Befreiungsbewegung, das ihre gegenwärtigen Aufgaben unter Berücksichtigung einer fortschrittlichen, strategisch klaren Linie festgelegt und wirkliche Grundlagen für ihre Verbindung mit den Massen, den fortschrittlichen arabischen Kräften und Regierungen sowie mit der internationalen Befreiungsbewegung, dem Fortschritt und dem Sozialismus geschaffen hätte. Die Führer des Widerstands begingen eine Reihe strategischer und taktischer Fehler, die dazu führten, die Widerstandsbewegung von den Massen zu isolieren, und die der Reaktion bei ihren Versuchen zur Liquidierung dieser Bewegung halfen.

Unsere kommunistische Partei unterstützte den Widerstand mit allen politischen, moralischen, materiellen und humanitären Mitteln, einschließlich der Teilnahme an bewaffneten Kampfhandlungen. Sie hat ihren Kampf mit den anderen fortschrittlichen Kräften verbunden, um die

Widerstandsbewegung gegen die reaktionären Verschwörungen und Vernichtungsversuche, denen sie ausgesetzt war, zu schützen.

Die Partei betrachtet die nationale Befreiungsbewegung des arabischen Volkes in Palästina als untrennbaren Bestandteil der nationalen Befreiungsbewegung der arabischen Völker im allgemeinen, die ihrerseits Teil der internationalen Befreiungsbewegung, des Fortschritts und des Sozialismus ist. Die Partei erhob entschieden ihre Stimme gegen falsche opportunistische Ansichten von rechts und links, die darauf hinausliefen, die palästinensische Befreiungsbewegung von der gesamtarabischen Befreiungsbewegung zu trennen, indem sie entweder die arabische Befreiungsbewegung als von ihrem gegenwärtigen antiimperialistischen und fortschrittlichen Hauptinhalt losgelöst betrachteten, oder aber, indem sie der palästinensischen Widerstandsbewegung überragende Bedeutung zumaßen und sie auf autoritäre Weise zur Avantgarde der gesamtarabischen Befreiungsbewegung machten. Dabei beachteten sie nicht, daß sie lediglich einen, wenn auch untrennbaren, Bestandteil der gesamtarabischen Bewegung darstellt. Die feste Position unserer Partei zu dieser Frage entsprach der auf dem 2. Parteitag angenommenen Orientierung und wurde auch von den Erfolgen und Mißerfolgen der palästinensischen Widerstandsbewegung nicht beeinflußt.

Ausgehend von diesen Prinzipien deckte die Partei Irrtümer auf und erklärte offen und klar ihren Standpunkt. So wandte sie sich gegen Fehler, die aus der kleinbürgerlichen Klassenstruktur, aus der Propagierung antikommunistischer Ideen in den Reihen einiger Abteilungen der Widerstandsbewegung und unter zahlreichen Führern, aus ihrer Schwäche gegenüber materiellen Bestechungsversuchen der arabischen Reaktion und aus der Tendenz, diesen Versuchen zu erliegen, resultierten. Sie wandte sich aber auch gegen Fehler in zahlreichen taktischen und strategischen Operationen. Gleichzeitig wies die Partei jedoch darauf hin, daß diese Fehler den fortschrittlichen und antiimperialistischen Hauptinhalt der Befreiungsbewegung nicht beeinträchtigen dürften. Sie unterstrich die Schwierigkeit und Komplexität der Umstände, unter denen sich der Kampf des palästinensischen Volkes und der Abteilungen der Befreiungsbewegung abspielt; Umstände, die in der Praxis zu objektiven Ursachen für Fehlentscheidungen wurden. Außerdem bekannte die Partei mutig, daß dann auch die Kommuni-

sten mit schuld seien, da diese von Anfang an eine aktivere Rolle hätten spielen müssen. Das hätte die Stärke dieser Bewegung erhöht und Fehler und Mängel vermieden. Auf dieser Grundlage verstärkte die Partei gemeinsam mit den kommunistischen Parteien Jordaniens, Syriens und des Irak die Solidarität und Zusammenarbeit mit der Befreiungsbewegung, indem sie die mit dieser Bewegung sympathisierenden Kräfte, die "Ansar",^{x)} mit in die Aktionen einbezog.

Außerdem erhob die Partei, ausgehend von den zwischen der palästinensischen und der gesamtarabischen Befreiungsbewegung bestehenden Verhältnissen, entschieden ihre Stimme gegen die Versuche zur Isolierung der palästinensischen Befreiungsbewegung von der gesamtarabischen sowie gegen die Versuche, die Widerstandsbewegung an die Stelle der fortschrittlichen inneren Volksbewegung zu setzen und letztere in ein Anhängsel der Widerstandsbewegung zu verwandeln. Die Partei unterstrich die Beziehungen, die man zwischen der palästinensischen und der gesamtarabischen Widerstandsbewegung, einschließlich der nationalen fortschrittlichen libanesischen Widerstandsbewegung, herstellen müsse. Die Partei kritisierte aber auch die falschen Einschätzungen der Führer des Widerstandes im Libanon und ihre Position in den Reihen der "Linksradikalen", die sie zum Schaden der fortschrittlichen Teile der Widerstandsbewegung einnehmen. Die Partei kämpfte für ein Kampfbündnis zwischen beiden Bewegungen, die sie als zwei Abteilungen derselben Grundrichtung betrachtete, die ihren Kampf im Rahmen einer einheitlichen revolutionären Strategie vereinigen müssen, unabhängig von den taktischen Unterschieden, die auf einzelnen Gebieten notwendig werden können.

Die Stellung der Partei zum gegenwärtigen Hauptziel des Kampfes, der Beseitigung der Folgen der Aggression vom 5. Juni im Rahmen der Möglichkeiten der gegenwärtig existierenden Kräfte, ist auch untrennbarer Bestandteil ihrer strategischen Position gegenüber dem Palästina-Problem, so wie diese Position in ihrem politischen Programm definiert wurde. Dieses Programm verurteilte Israel als Teil des Weltimperialismus und als Element zur Teilung der arabischen Welt, das sich auf Aggression und Expansion stützt und als Gendarm des Imperialismus sowie als religiöses und rassistisches Druckmittel auftritt.

Das Programm bestätigte, daß das Recht der Araber in Palästina auf Land, Heimat, 17

Rückkehr und Selbstbestimmung keinem Zweifel unterliegt. Es unterstrich auch, daß das, was mit Gewalt und Zwang errichtet wurde, nicht gerechtfertigt werden könne, und daß die Präsenz der Juden in Palästina keinesfalls den natürlichen und historischen Rechten der Araber in diesem Land auf ihre Heimat Abbruch tun könne.

Die Partei ist der Auffassung, daß die endgültige Lösung des Palästina-Problems eng mit der weiteren Entwicklung der nationalen arabischen Befreiungsbewegung verbunden ist.

Die restlose Befriedigung der arabischen Rechte in Palästina steht in engem Zusammenhang mit einer völligen Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der arabischen Befreiungsbewegung. Allein der Sozialismus kann in der gegenwärtig in diesem Gebiet herrschenden Lage eine solche Veränderung hervorrufen. Wenn die derzeitige Etappe durch eine enge Verbindung zwischen dem Kampf für die nationalen Ziele der arabischen Völker, einschließlich des palästinensischen Volkes, und dem Kampf für sozialen Fortschritt und Sozialismus gekennzeichnet ist, so hängt die völlige Verwirklichung dieser Zielsetzung vom Sieg des wissenschaftlichen Sozialismus ab, zumindest von seinem Sieg in den Hauptgebieten der arabischen Welt. Allein der Sozialismus kann die Mobilisierung aller materiellen und menschlichen Energien und Fähigkeiten garantieren, zu einer radikalen Veränderung im bestehenden Kräfteverhältnis führen und damit die dringendsten Aufgaben, die die nationale Frage stellt, lösen. Eine solche Aufgabenstellung unter den Bedingungen des gegenwärtig herrschenden Kräfteverhältnisses widersprüche nicht nur der Realität, sondern könnte auch zu abenteuerlichen Unternehmungen führen, deren Auswirkungen nicht abzusehen wären oder die gerade das Gegenteil von dem erreichen würden, was man erreichen wollte, und die damit den Widerspruch zwischen den Zielen der Massen und der Realität verschärfen würden. Das gerade würde aber die Massen in Verzweiflung und Resignation stürzen.

Die Partei stützt sich in ihrer Stellungnahme zur arabischen Einheit auf das Prinzip, daß die Hoffnung der arabischen Volksmassen auf Einheit das Ergebnis der objektiven Entwicklung in der arabischen Welt und der historischen Beziehungen zwischen ihren einzelnen Teilgebieten ist.

Der Gedanke der arabischen Einheit entstand mit der Widerstandsbewegung gegen

die Fremdherrschaft. Seine Bedeutung wandelte sich in den einzelnen Etappen, die diese Bewegung im Verlaufe ihrer Entwicklung durchlief. Die arabische Einheit ist Ausdruck der Hoffnungen aller Volksschichten auf sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, Ausdruck einer Hoffnung, die sich mehr und mehr auf den Sozialismus richtet. Diese Kräfte werden allmählich zum bestimmenden Element der Entwicklung in der arabischen Welt hin zum Sozialismus und zur Einheit. Die Verstärkung und Vertiefung der antiimperialistischen Strömungen in einzelnen arabischen Ländern bilden die beste Basis für die Herstellung der arabischen Einheit auf sozialistischer Grundlage.

Ausgehend von diesen Feststellungen schätzt die Partei vom politischen Standpunkt aus die Föderation zwischen der Ägyptischen Arabischen Republik, der Syrischen Arabischen Republik und der Libyschen Arabischen Republik positiv ein. Dieser Dreierbund gestattet den Zusammenschluß der Kräfte in den drei Ländern und ist in seiner politischen Grundlinie antiimperialistisch und antizionistisch. Damit kann er einen Schritt hin zur Verwirklichung der Ziele der arabischen Völker und eine positive Maßnahme für die Stärkung der Kräfte der nationalen arabischen Befreiungsbewegung und ihrer Widerstandsfähigkeit gegen die imperialistischen und zionistischen Machenschaften bei der Fortsetzung der Aggression und der Okkupation arabischen Territoriums durch Israel darstellen.

Trotzdem darf man angesichts der im allgemeinen positiven Entwicklung nicht die negativen Ereignisse auf politischem Gebiet übersehen, von denen in einigen arabischen Ländern die Gründung dieser Föderation begleitet war. Man kann keine Föderation gründen, ohne sich darüber klar zu sein, daß die arabischen Völker in ihrer Gründung eine unbestreitbar antiimperialistische Handlung sehen. Für diese Völker besteht kein Zweifel, daß es keine tatsächliche arabische Föderation oder Einheit geben kann, wenn gleichzeitig den Imperialisten und der arabischen Reaktion Zugeständnisse gemacht werden und man zu Kompromissen bereit ist. Ferner kann es keine arabische Föderation oder Einheit ohne demokratischen Inhalt im weitesten Sinne des Wortes geben. Das heißt, daß sich diese Demokratie nicht in der bloßen Berücksichtigung des Volkswillens innerhalb der Föderation erschöpfen darf, sondern daß sie den Massen der Arbeiter und

Bauern durch ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auch einen direkten und effektiven Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik der Föderation einräumen muß. Davon ausgehend ist jeder verbale oder aktive Versuch, diese Föderation als Mittel zur Unterdrückung der fortschrittlichen, demokratischen Ziele der Volksmassen zu benutzen, nur als bedeutender Makel in der Struktur, dem Ruf und der Rolle dieser Föderation zu werten.

Außerdem sehen die patriotischen und fortschrittlichen Kräfte in dieser Föderation und in der arabischen Einheit einen Rahmen und eine Grundlage für die Entwicklung der patriotischen und fortschrittlichen Konzeptionen, die die arabische Befreiungsbewegung als untrennbaren Bestandteil der internationalen revolutionären Bewegung betrachten. Sie sehen darin auch ein Mittel, das Kampfbündnis mit den verschiedenen Teilen der revolutionären Weltbewegung, besonders mit ihrer Avantgarde, dem sozialistischen Lager, und mit ihrer Hauptkraft, der Sowjetunion, zu verstärken und zu entwickeln.

Aus diesem Grunde zielen die Anstrengungen und die Versuche gewisser rechter Elemente in der nationalen Befreiungsbewegung darauf ab, die Föderation in den Fesseln nationalistischer, chauvinistischer und reaktionärer Zielsetzungen zu halten. Diese Versuche sind schädlich, da sie die Föderation schwächen und ihre Entwicklung und ihren Fortschritt behindern. Sie führen schließlich zur Vernichtung der revolutionären Kräfte in der nationalen arabischen Befreiungsbewegung. [...]

Die patriotischen und fortschrittlichen Kräfte, einschließlich der Kommunisten, arbeiten von ihren Positionen aus für das Prinzip der arabischen Einheit und für den Schutz der Föderation vor dem Einfluß und den Zielsetzungen des rechten Flügels in der Befreiungsbewegung. Sie werden all ihre Kräfte anstrengen, um die Föderation auf noch stärker antiimperialistisch und demokratisch orientierte Positionen zu führen, damit sie eine solide Grundlage für die Gruppierung aller antiimperialistischen, antizionistischen und antireaktionären Kräfte werden, ein noch besseres Mittel zum Schutz und der Entwicklung der sozialen und ökonomischen Errungenschaften darstellen und die Beziehungen zum sozialistischen Lager, insbesondere zur Sowjetunion, auf allen Gebieten ausbauen und vertiefen kann.

Die Libanesische Kommunistische Partei

glaubt, daß alle objektiven Bedingungen für die Verstärkung der Rolle der kommunistischen arabischen Bewegung in der nationalen arabischen Widerstandsbewegung günstig sind. Der Mißerfolg der Großbourgeoisie bei der Führung der Befreiungsbewegung, ihre Verantwortlichkeit für die Unterentwicklung, ihre Unterordnung unter die Ziele des Imperialismus und, daraus resultierend, die politischen Niederlagen sowie das Scheitern der nationalistischen Aufrufe an die Kleinbourgeoisie führten zu einer Reihe von Katastrophen bei dem Versuch, die nationale Frage, besonders das Palästina-Problem und das Problem der arabischen Einheit, zu lösen. All diese Mißerfolge müssen zur Isolierung der reaktionären rechten Kräfte und Strömungen und zur Entlarvung ihrer betrügerischen Ideologie und Politik ausgenutzt werden.

Der Kampf der arabischen kommunistischen Parteien ist unter den Bedingungen der Verschärfung der Widersprüche zwischen den arabischen Regimes von großer Bedeutung. Hinzu kommt die Unfähigkeit der konservativen rechten und kleinbürgerlichen Kräfte, ihrer Führerrolle in der Gesellschaft gerecht zu werden, sowie die Gefahr, die aus der Machtergreifung durch Vertreter der Kleinbourgeoisie für die fortschrittliche Entwicklung der nationalen arabischen Befreiungsbewegung erwächst.

Die wachsende Bedeutung der Klasse der Arbeiter und Bauern ebenso wie die Tatsache, daß immer breitere Schichten die Notwendigkeit einsehen, daß die Arbeiter und Bauern eine führende Rolle beim Aufbau des Sozialismus spielen müssen, verstärken die Positionen der kommunistischen arabischen Bewegung und helfen bei der Propagierung der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus. Außerdem unterstützt das wachsende Ansehen der UdSSR, der anderen sozialistischen Länder und der kommunistischen Weltbewegung die Möglichkeiten zur Entwicklung der arabischen kommunistischen Parteien und den Erwerb des Vertrauens der Massen. [...]

Die Libanesische Kommunistische Partei wies ständig auf die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und der Vereinigung der Standpunkte und Anstrengungen aller arabischen kommunistischen Parteien hin. Die Einheit dieser Parteien auf einer gemeinsamen Plattform, die den gegenwärtigen Aufgaben entspricht, könnte allen Kräften und Teilen der arabischen Widerstandsbewegung als Ausgangspunkt dienen. Unsere Partei wird ihre Aktionen zur Stärkung und Entwicklung

dieser Zusammenarbeit fortsetzen, die schon mehrere Jahre vorhanden ist, und sich bemühen, sie noch fester, regelmäßiger und effektiver zu gestalten. Unsere Partei wird streng darüber wachen, daß die Souveränität und besonders die Einheit jeder Partei gewahrt wird, denn die Einheit einer kommunistischen Partei ist die beste Garantie für den Erfolg ihres Kampfes und der wichtigste Ausgangspunkt für die Einheit der arabischen kommunistischen Bewegung im allgemeinen. Deshalb verurteilt unsere Partei auch jegliche fraktionelle Tätigkeit sowie Aktivitäten, die gegen kommunistische Bruderparteien gerichtet sind. Sie bezeichnet solche Tätigkeiten als kriminell, da sie den Interessen des Klassenfeindes direkt dienen, ganz gleich, unter welchem Vorwand man versucht, es zu verschleiern. Unsere Partei erklärt ihr Kampfbündnis und ihre Kampfsolidarität mit jeder kommunistischen Partei, die für Entwicklung und Fortschritt in ihrem Land kämpft und steht fest an der Seite dieser Parteien im Streite gegen die Unterdrückungs- und Terrorakte, denen sie ausgesetzt sind. Sie unterstützt sie politisch, materiell und ideologisch mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. [...]

INDOCHINA

ASPEKTE DER "VIETNAMISIERUNG"

Seit März dieses Jahres läßt US-Präsident Nixon die Pariser Vietnam-Gespräche blockieren, nachdem er zuvor weder auf den 7-Punkte Friedensplan¹⁾ der südvietnamesischen Revolutionsregierung eingegangen ist noch mit seinem 8-Punkte Plan²⁾ eine realistische politische Lösung angeboten hatte.

Die gegenwärtige Frühjahrsoffensive der Volksbefreiungstreitkräfte zeigt u.a., daß die in der "Vietnamisierungs"-Konzeption vorgesehene Steigerung der Kampfkraft der Marionettentruppen nicht durch Modernisierung der Ausrüstung und durch Erhöhung der Truppenstärke erreicht werden kann. Die Desertionen und Auflösungserscheinungen innerhalb der Marionettenarmee sind eindeutiger Beweis dafür, daß die militärische Schwäche des Thieu-Regimes politische Ursachen hat und daß Thieu sich ohne massive Unterstützung der US-Regie-

rung nicht länger halten könnte. Mit dem Mittel der verschärften Bombardierung wird es der US-Regierung genau so wenig gelingen, das vietnamesische Volk einzuschüchtern und von seinem Kampf um Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität abzubringen, wie es ihr bisher nicht mit der Politik der "Vietnamisierung" gelungen ist.

Diese "Vietnamisierungspolitik" beinhaltet:

- 1.) militärisch: Abzug der US-Bodentruppen aus Südvietnam bei gleichzeitiger Intensivierung, Mechanisierung, Automatisierung und Elektronisierung des Krieges; gesteigerter Einsatz von chemischen Kampfstoffen, Verstärkung der Armee durch ihre asiatischen Verbündeten; verschärfte Bombardierung der DRV und ganz Vietnams.³⁾
- 2.) politisch: Stärkung und Aufrechterhaltung der Saigoner Regierung mit Hilfe eines massiven Unterdrückungsapparats; Pazifizierungsprogramm.
- 3.) ökonomisch: Zerstörung der Wirtschaft in den befreiten Gebieten und der Lebensgrundlage für das gesamte südvietnamesische Volk; wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA; Abwälzen der Kriegskosten auf das vietnamesische Volk.⁴⁾

Zu 1.) MILITÄRISCHER ASPEKT DER "VIETNAMISIERUNG"

Von den USA und ihren Verbündeten eingesetzte Truppen:⁵⁾

	insgesamt	davon US-Truppen
1965	800 000	190 000
1967	1 200 000	480 000
1969	-	543 000
1972	1 714 000	139 000
darunter:		
Saigon	1 200 000	
Pnom Penh	210 000	
Laos	100 000	
Südkorea	45 000	
Thailand	20 000	

Zwar standen Anfang April 1972 nur noch 95 500 US-Soldaten in Südvietnam,⁶⁾ doch wie aus der Tabelle hervorgeht, hat sich die Gesamtzahl der für den US-Imperialismus in Indochina kämpfenden Truppen erhöht - nur die Hautfarbe der Kämpfenden

(und der Opfer) hat sich geändert.

Ein Ziel der "Vietnamisierung" ist, die Zahl der getöteten und verletzten GIs und die Kosten der Aggression in Indochina für die USA zu senken.

Jährliche Kosten pro Soldat: 7)

USA	13 000 Dollar
Thailand	4 000 "
Philippinen	6 500 "
Südkorea	4 000 "

INTENSIVIERUNG DES KRIEGES:

Unter der Präsidentschaft Nixons warfen US-Flugzeuge in Indochina 3 Mio t Bomben ab, das sind 2,2 mal soviel Bomben wie von den USA im 2. Weltkrieg über Europa abgeworfen wurden. Während unter der Johnson-Regierung pro km² in Indochina 8 640 kg Sprengstoff eingesetzt wurden, waren es unter Nixon 11 300 kg.

Die systematischen Flächenbombardements durch B 52 Bomber nahmen in erheblichem Umfang zu: So hat z.B. US-Kriegsminister Laird unmittelbar nach seiner Amtseinführung für das Jahr 1969/70 einen Ergänzungskredit von mehr als 52 Mio Dollar verlangt, um die Zahl der monatlichen Starts von B 52 Bombern von 1 600 auf 1 800 erhöhen zu können.



DER VIETCONG VIETNAMISIERT VIETNAM

Nach Schätzungen der US-amerikanischen Wissenschaftler Westing und Pfeiffer gibt es allein in Südvietnam nicht weniger als 10 Mio Bombenkrater. Die Existenz dieser Millionen Krater wirkt sich verheerend auf die Nahrungsmittelproduktion, die Holz- und Forstwirtschaft und die Gesundheit der Bevölkerung aus, denn die mit Wasser gefüllten Krater werden zu Brutstätten für Malaria mücken und verschiedener Krankheitserreger.

Die verschiedenen Typen der antipersonellen Waffen (Kugeln etc.) wurden technisch perfektioniert und durch Neuent-

wicklungen ergänzt. Das Programm der elektronischen und automatisierten Kriegführung wurde mit einem Betrag von 3,25 Mrd Dollar unterstützt.

Auch die Bombenangriffe auf die DRV wurden eskaliert:

1969 wurden 629 Angriffe mit 6 254 Explosivbomben, 350 Kugel-, Splitter- und Perforationsbomben geflogen;

1970 waren es 1 362 Angriffe mit 24 268 Explosivbomben, 1 196 Kugel-, Splitter- und Perforationsbomben;

1971 waren es 1 645 Angriffe mit 26 517 Explosivbomben, 1 463 Kugel-, Splitter- und Perforationsbomben.

Der Saigoner Marionettenarmee wurden durch die USA seit Beginn der "Vietnamisierung" Ende der 60er Jahre neue Waffen in großer Zahl zur Verfügung gestellt: z. B. mehr als 900 000 Feuerwaffen verschiedenen Typs, mehr als 1 000 Panzer und Panzerwaffen vom Typ M 41, 45 000 Transportfahrzeuge, über 800 Flugzeuge und ungefähr 1 000 Schiffe und andere Wasserfahrzeuge.

Während der Regierungszeit Nixons wurden in fast allen Provinzen Südvietnams chemische Kampfstoffe versprüht und Angriffe mit giftigen Gasen geflogen, die mehr als 1 880 000 ha Reisfelder, Obstgärten und Wälder zerstört und ungefähr 900 000 Menschen vergiftet haben, von denen mehrere 100, vor allem Frauen und Kinder, gestorben sind. Riesige Gebiete des Mekong-Deltas, des westlichen Trung Bo und nördlicher Provinzen wurden derart verwüstet, daß bisher keine natürliche Vegetation mehr möglich war. Im Steuerjahr 1970/71 hat die Nixon-Regierung 8 Mio Dollar für die chemische Kriegführung in Südvietnam einkalkuliert. Nach Angaben der FNL wird die durch chemische Kampfstoffe zerstörte Fläche Südvietnams auf 20 % geschätzt. 360 Mio Pfund Reis, der Jahresbedarf von 900 000 Menschen, wurden zwischen 1962 und 1970 mit chemischen Mitteln vernichtet.⁸⁾

Zu 2.) POLITISCHER ASPEKT DER "VIETNAMISIERUNG"

Das Programm der "Pazifizierung" als "Rückgrat" der "Vietnamisierung" wurde entwickelt, um die Positionen der US-Aggressoren zu festigen und dem Marionettenregime eine politische Basis zu schaffen, indem die südvietnamesische Bevölkerung von der FNL und ihren Streitkräften isoliert werden sollte. Mit den Mitteln der Bombardierung, der Massaker, der chemischen Kampfstoffe und der Zerstörung der

Dörfer wurden bisher 6 Mio Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben oder in Konzentrationslager, strategische Dörfer genannt, gepfercht.

In den Gebieten, die unter Kontrolle der US-Truppen und ihrer Verbündeten stehen, wurde ein weitgespanntes Netz von Spionen, Denunzianten, Polizisten und "Pazifizierungskadern" geschaffen, deren Aufgabe darin besteht, den "Vietkong" ausfindig zu machen. Nach Angaben von Le Monde⁹⁾ haben sich die USA während des Steuerjahres 1969/70 an der Ausbildung von 122 000 Polizisten beteiligt und die Wiedererrichtung oder Renovierung von Gefängnissen finanziert, die ca. 35 000 Personen fassen können. Darüber hinaus hat die Nixon-Regierung einen Kredit von 600 Mio Dollar gewährt, um dieses System weiter auszubauen.



Die "Operation Phönix", ein spezielles Pazifizierungsprogramm, wird vom CIA durchgeführt. Dazu führt die US-Zeitung "Baltimore Sun" aus: "Die Operationen dauern drei bis fünf Jahre. Durchschnittlich wurden in jedem Monat 1 900 Personen getötet oder inhaftiert. Allein im Jahr 1970 haben sie pro Monat durchschnittlich 1 850 Personen getötet."¹⁰⁾

In Saigon wurden 1969 7 000 "Säuberungsaktionen" und Razzien durchgeführt. Während der großen "Säuberungsaktionen" 1970 in Hue, Quang, Tri-Ville und Dang Ha wurden mehr als 30 000 Menschen eingekerkert und gefoltert.¹¹⁾

Zu 3.) ÖKONOMISCHE ASPEKTE DER "VIETNAMISIERUNG"

Nach einem Bericht des US-Senatsausschusses für Auswärtige Beziehungen wurden die Ausgaben für den US-Krieg in Vietnam nominell mit 29,3 Mrd Dollar für 1969, mit 23,6 Mrd für 1970 und mit 15,8 Mrd Dollar für 1971 ausgewiesen. Tatsächlich aber wurden in diesen drei Jahren 98 Mrd Dollar

und in 10 Jahren Vietnam-Krieg mehr als 200 Mrd Dollar ausgegeben. Der Bevölkerung Südvietnams wurde seit 1969 eine immer stärkere Erhöhung der Steuern und Abgaben aufgezwungen. Auf diese Weise hat die Saigoner Regierung der Bevölkerung 1969 77 Mrd Piaster, 1970 130 Mrd und 1971 194 Mrd Piaster abgepreßt. Nach offiziellen Angaben sind die Lebenshaltungskosten 1969 im Vergleich zu 1968 um 60 % und 1970 um 70 % im Vergleich zu 1969 gestiegen. Die Zerstörung des Landes durch den Krieg führte zur Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlagen Südvietnams und damit zur Abhängigkeit des Landes vom Ausland.

"Vietnamisierung" des Krieges bedeutet für die südvietnamesische Wirtschaft immer größere Abhängigkeit von den USA, wobei die US-amerikanische Unterstützung mehr und mehr militärischen Charakter annimmt.

Die "Wirtschaftshilfe" der USA für die Saigoner Regierung betrug
 1969: 514 Mio Dollar,
 1970: 680 Mio Dollar,
 1971: 750 Mio Dollar.

Die wirtschaftliche Unterstützung Südvietnams durch die USA war 1970 4 mal so hoch wie 1961, die militärische Unterstützung war jedoch im gleichen Zeitraum 30 mal so hoch. 1970 machte die militärische Unterstützung bereits das 3 fache der wirtschaftlichen Unterstützung aus, während 1961 die wirtschaftliche Unterstützung noch 2,3 mal höher als die militärische war.¹³⁾ So nimmt der parasitäre Charakter der südvietnamesischen Wirtschaft ständig zu, was auch aus der Veränderung der Import-Export-Relation hervorgeht:
 1955: Import zu Export = 3,5 : 1
 1970: " " = 40 : 1.¹⁴⁾

Die oben aufgezeigten Maßnahmen und Inhalte der "Vietnamisierungs"-Politik sind weder geeignet, die vielfältigen Probleme Südvietnams zu lösen, noch die politischen und militärischen Erfolge der Provisorischen Revolutionären Regierung und der Volksbefreiungstreitkräfte aufzuhalten; noch weniger sind sie geeignet, die Bevölkerung Südvietnams zu Anhängern der US-Aggressionspolitik und der Marionettenregierung zu machen. Vom Scheitern der Politik der "Vietnamisierung" ist die Weltöffentlichkeit heute mehr denn je überzeugt.

Anmerkungen

- 1) Vgl. AIB 6-7/71
- 2) Vgl. Beilage AIB 4/72: Antwort der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam auf Nixons 8-Punkte Plan.

- 3) Vgl. AIB 1/71, AIB 8/71
- 4) Vgl. AIB 3/72, AIB 6/70 und 11-12/71.
- 5) Hektografierte Materialien der DRV-Delegation bei der "Pariser Weltversammlung für Frieden und Unabhängigkeit der Völker Indochinas", 11.-13. Februar in Versailles.
- 6) Süddeutsche Zeitung, 5.4.1972
- 7) Hektografierte Materialien der DRV-Delegation, a.a.O.
- 8) A.a.O.
- 9) Le Monde, 10.11.71
- 10) Baltimore Sun, 26.5.71
- 11) Hektografierte Materialien der DRV-Delegation, a.a.O.
- 12) A.a.O.
- 13) Le Monde, 1.9.71
- 14) Etudes vietnamiennes, No.31, S.155.

KURZ- INFORMATION

BRD/LATEINAMERIKA: Die "DEUTSCH-SÜDAMERIKANISCHE BANK", 1906 von der "Dresdner Bank AG" gegründet, ist heute in verschiedenen Ländern Lateinamerikas tätig, um - wie es offiziell heißt - die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und Lateinamerika sowie Spanien und Portugal zu fördern. Das Kapital der Bank ist von 10 Mio DM 1958 auf 50 Mio DM 1968 angewachsen. Sie ist mit weiteren 12 Mio DM an verschiedenen lateinamerikanischen Banken beteiligt. So wie die "Dresdner Bank" im "Dritten Reich" die Interessen der IG Farben, von Krupp und Mannesmann in Lateinamerika vertrat, ist heute die "Deutsch-Südamerikanische Bank" überall dort präsent, wo BASF, KRUPP, WASAG-CHEMIE, KLÖCKNER, SIEMENS, FERRO-STAHLE und andere Konzerne in Mittel- und Südamerika auf Profitjagd sind. Die Bank kann ihre Funktion, Stütze für das eindringende MONOPOLKAPITAL der BRD zu sein, um so leichter erfüllen, als ihre leitenden Angestellten über Erfahrungen aus der Zeit des "Dritten Reiches" verfügen. Wie das Organ der KP Uruguays, "El Popular", berichtet, nehmen aktive Faschisten wie Bankdirektor Hermann Victor Hübbe und Alfred Klaiber Schlüsselpositionen im Aufsichtsrat sowie im Verwaltungsrat ein. Hübbe z.B. war Offizier im Reichssicherheitshauptamt und als Mitarbeiter in der Abteilung "Wirtschaft" besonders mit Spionage- und Sabotageaufgaben betraut. (Horizont 8/72)

ANGOLA/BRD: Ein Hilfsprogramm für portugiesische Deserteure und Kriegsdienstverweigerer sowie die Aufforderung an die Mitgliedskirchen, ihr Guthaben von Banken abzuziehen, die sich an der Finanzierung des KUNENE-STAUDAMM-Projekts in Angola beteiligt haben, sind die Hauptforderungen, die auf einem internationalen Symposium der EVANGELISCHEN AKADEMIE ARNOLDSHAIN an den WELTKIRCHENRAT gerichtet wurden. Im Interesse der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker von Angola und Namibia sollte nach Ansicht der Teilnehmer das Kunene-Staudamm-Projekt unbedingt verhindert werden, da es nicht nur der verstärkten Ausbeutung der Bodenschätze sondern auch der Stabilisierung und Sicherung westlicher Kapitalinteressen diene. Der Weltkirchenrat wurde aufgefordert, im Rahmen des Programms zur Bekämpfung des Rassismus die Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika zu erweitern und einen wirksamen Beitrag zur Verhinderung des Projekts zu leisten. (Frankfurter Rundschau v. 6.3.72)

ANGOLA/NIEDERLANDE: Auf Initiative des "Angola-Komitees" in Amsterdam, der sich die sozialistischen und christlichen Gewerkschaften in den Niederlanden angeschlossen hatten, gelang es im März 1972, einen Boykott gegen Kaffee aus Angola durchzuführen. Unter dem Motto: "Kaffee für Holland - Blut für Angola" wurden die Konsumenten in Rundfunk und Fernsehen darüber aufgeklärt, daß Portugal mit dem Ertrag aus dem Kaffee-Export zu einem großen Teil seinen blutigen Kolonialkrieg in Angola finanziere. Schließlich konnte die "Union der niederländischen Kaffeeöstreien" gezwungen werden, den Import von Kaffee aus Angola einzustellen. Immerhin hatten die Niederlande ihren Bedarf an Kaffee zu 90 % aus Angola gedeckt und damit ein Viertel der angolischen Produktion importiert. Nach Angaben des "Angola-Komitees" hat die portugiesische Regierung von 98 Mio Gulden, die 1970 durch den Kaffee-Export in die Niederlande erzielt wurden, ca. 9 Mio Gulden direkt für die Bekämpfung der Freiheitsbewegungen in Angola und Moçambique ausgegeben. (FR 17.3.72) Nach Ansicht der IG-Metall Zeitschrift "Metall" kostet der portugiesischen Regierung ihr Kolonialkrieg in Afrika täglich 1 Mio Dollar. Diese immensen Kosten seien dafür verantwortlich zu machen, daß die Zuwachsraten der Wirtschaft sinken, die Arbeitslosigkeit wächst (1971 gingen 130 000 Portugiesen ins Ausland, um Arbeit **23**

zu finden) und die Regierung immer empfindlicher gegen die innere Opposition werde. (Metall 29.2.72)

ANGOLA/NAMIBIA: Die Volksbewegung für die Befreiung Angolas, MPLA, hat bekanntgegeben, daß gegen die portugiesischen Kolonisatoren eine neue Front im Süden des Landes eröffnet worden ist. Es handelt sich um den Raum am Kunene, einem Strom, an dem Portugal zusammen mit der Republik Südafrika einen Wasserkraftkomplex baut. Das Gebiet der neuen (nunmehr sechsten) Kampffront ist für die portugiesischen Kolonisten und ihre südafrikanischen Verbündeten strategisch höchst wichtig. In diesem Raum sollen nach Ansicht der portugiesischen Behörden zahlreiche Weiße aus Portugal angesiedelt werden, um die Nationalen Befreiungsbewegungen von Angola und dem angrenzenden Namibia voneinander abzuriegeln. Die portugiesische Regierung fürchtet nämlich, daß die Angehörigen des Ovambo-Stammes, die zu beiden Seiten der Grenze zwischen diesen Ländern leben, gemeinsam mit den bewaffneten Kräften der SWAPO und der MPLA aktive Kampfhandlungen beginnen können. Zum Kampf gegen die Partisanenabteilungen im Raum Kunene haben die Portugiesen eine 10 000 Mann starke Strafexpedition entsandt. (Neue Zeit, 9/72)

TÜRKEI/USA: Nach den "erfolgreichen Maßnahmen gegen linksgerichtete und antiamerikanische Elemente" sei es - nach Ansicht von Ministerpräsident Erim - nun wieder möglich, daß künftig die im Mittelmeer operierende Sechste Flotte der USA in tür-



kischen Häfen anlegen werde. "Eine Zeitlang haben von kommunistischer Propaganda geschürte Unruhen unglücklicherweise solche Besuche verhindert", meinte der türkische Ministerpräsident. Die Sechste Flotte hatte die Türkei nicht mehr angelaufen, nachdem 1969 mehrere US-amerikanische Matrosen bei Demonstrationen gegen die NATO in Istanbul und Izmir angegriffen und verletzt worden waren. (Neue Zeit 15.3.72)

CHILE: Mit zunehmenden Massenaktionen protestieren die chilenischen Werktätigen gegen die von der reaktionären Parlamentsmehrheit durchgepeitschte "Verfassungsre-

form", der zufolge alle seit dem 14. Oktober 1971 von der Regierung der Unidad Popular vorgenommenen Nationalisierungen rückgängig gemacht werden sollen. In zahlreichen Resolutionen erklärten die Werktätigen des Andenlandes, sie werden niemals zulassen, daß das Rad der Geschichte in Chile zurückgedreht wird. Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Oscar Garretón, bezeichnete in einem Presseinterview die "Verfassungsänderung" als das bisher gefährlichste Attentat der Reaktion gegen die Regierung der Volkseinheit. (Horizont 11/72)

GUINEA/NIGERIA: Guinea möchte mit Nigeria einen Verteidigungspakt schließen. Ein entsprechendes Angebot hat der guinesische Staatschef Sékou Touré dem nigerianischen Präsidenten Yakubu Gowon bei dessen Besuch in Conakry gemacht. Dabei hat Sékou Touré einer Bekanntgabe in Lagos zufolge gleichzeitig die Ausweitung eines solchen Bündnisses auf andere westafrikanische Nachbarstaaten zur Bildung einer "ANTIIMPERIALISTISCHEN VERTEIDIGUNGSFRONT" in Erwägung gezogen. (Horizont 12/72)

BRD/SÜDVietNAM: Die Außenministerin und Chefdelegierte der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam bei den Pariser Vietnamgesprächen, Frau Nguyen Thi Binh, hat sich in einem Schreiben an die Initiative Internationale Vietnam-Solidarität in der BRD gewandt und den Kampf für die Errichtung eines Informationsbüros ihrer Regierung in der BRD begrüßt. In ihrem Brief heißt es wörtlich: "Wir verfolgen stets mit tiefer Sympathie die große Aktivität des Volkes der BRD zur Unterstützung des südvietnamesischen Volkes und betrachten dies als einen wertvollen Ansporn für unseren gerechten Kampf gegen die amerikanische Aggression und für die Rettung des Landes.... Im Interesse der Vertiefung der freundschaftlichen Solidarität und der gegenseitigen Verständigung zwischen dem südvietnamesischen Volk und dem Volk der BRD begrüßen wir diese Ihre Initiative und sind bereit, die notwendigen Arbeiten durchzuführen, falls es (das Informationsbüro) akzeptiert werden sollte". Die Forderung nach einem Informationsbüro wird z.B. von den Jungsozialisten, der SDAJ, den Jungdemokraten, dem VDS, der DKP und dem SPD-Parteitag Hessen-Süd im Namen von HUNDERTTAUSENDEN ihrer Mitglieder unterstützt. Über 50.000 Bürger der BRD haben sich mit ihrer Unterschrift bisher für diese Forderung eingesetzt.